Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch

Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde

Band: 38 (1915)

Rubrik: Zürcher Chronik vom 1. Oktober 1913 bis 30. September 1915 : nach dem "Jahrbuch der Schweizer Presse"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zürcher Chronik

vom

1. Oktober 1913 bis 30. September 1915.

Nach dem „Jahrbuch der Schweizer Presse".

1913.

1. Okt. Der Regierungsrat wählt: als Mitglied der Aufsichtskommission der Pflegeanstalt Rheinau, an Stelle des verstorbenen Bezirksgerichtspräsidenten Hotz, Dr. Albert Keller, Rechtsanwalt, in Zürich 1; als Vertreter des Regierungsrates in die Aufsichtskommission der Schweiz. Fachschule für Damenschneiderei und Lingerie in Zürich 7, an Stelle des verstorbenen Dr. A. Huber, Staatsschreiber, Dr. Appli, in Zürich 5.

1. Okt. Die Direktion der Volkswirtschaft im Kanton Zürich verlangt durch Kreisschreiben vom 1. Oktober von allen Gemeinderäten des Kantons ein möglichst genaues Verzeichnis aller in ihren Gemeinden bestehenden Krankenkassen, damit die Behörde nachher in der Lage ist, weitere Erhebungen über den Mitgliederbestand, die Organisation und die finanziellen Verhältnisse dieser Kassen zu veranstalten.

2. Okt. An der Jahresversammlung der zürcher. Vereinigung für Heimatschutz in Zürich hält A. Rollier einen Vortrag über die Beteiligung der Heimatschutz-Vereinigung an der Landesausstellung in Bern.

4. Okt. **Großer Stadtrat.** a) Auf Antrag der Kommission beschließt der Rat, mit den Bauten für die dritte Bauperiode im Riedtli bald zu beginnen, und bewilligt für die Änderungen einen Kredit von 17,200 Fr. b) Der zu gründenden Zürcher Walderholungsstätte wird ein jährlicher Beitrag von 1800 Fr. bewilligt.

4. Okt. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, der Generaldirektion der Schweiz. Bundesbahnen an die Baukosten der Normalspur-Eisenbahn von Niederweningen nach Döttingen (Surbtalbahn) einen Beitrag von 85,000 Fr. auszurichten, sofern die an dieser Bahn zunächst interessierten

Gemeinden und Privaten einen Beitrag von mindestens 40,000 Fr. für denselben Zweck übernehmen.

6. Okt. Die freisinnige Wählerversammlung des Bezirkes Zürich beschließt nach einem Referat von Redaktor E. Rietmann einstimmig, für den verwaisten Präsidentensitz im Bezirksgericht Zürich den ersten Vizepräsidenten Hans Billeter zu portieren und für die vakante Richterstelle dem demokratischen Kandidaten, Notariatssubstitut Volkart in Örlikon, zuzustimmen. — Der Bürgerverband stimmt den Vorschlägen der bürgerlichen Parteien zu, während die Sozialdemokraten beide Stellen für sich beanspruchen.

11. Okt. **Großer Stadtrat.** Die Detailberatung der Submissionsverordnung wird fortgesetzt. Die beiden Minderheitsanträge betr. Ausschluß der Mitglieder des Großen Stadtrates von Submissionen und betr. Schutz der Koalitionsfreiheit werden nach langer Diskussion an die Kommission zurückgewiesen.

12. Okt. Im **Bezirk Zürich** wird zum Präsidenten des Bezirksgerichtes gewählt der Kandidat der Bürgerlichen, Hans Billeter, mit 15,430 Stimmen gegenüber dem Sozialdemokraten Eugen Lang, der 13,541 Stimmen erhält. Als Mitglied des Bezirksgerichtes wird gewählt der bürgerliche Kandidat Volkart mit 14,746 gegenüber dem Sozialdemokraten Beda Enderli, der 13,952 Stimmen bekommt. — In der Kirchgemeinde Oberstraß wird zum zweiten Pfarrer Dekan Adolf Altherr, zurzeit Pfarrer in Obfelden, gewählt.

13. Okt. f. **Kantonsrat.** a) Die Vorlagen über den Bau einer Klinik für Frauenkrankheiten, über Erweiterungsbauten in Neu-Rheinau, über ein neues Wahlgesetz, über die Subvention der Surbtalbahn sowie der Entwurf eines Reglementes für die Gewerbehalle der Zürcher Kantonalbank werden zur Vorberatung an Kommissionen gewiesen. b) Die Eingabe des Gemeinderates Glattfelden, dem kantonalen Elektrizitätswerk bei Eglisau den Namen Kraftwerk Glattfelden oder Kraftwerk Rheinsfelden-Glattfelden beizulegen, wird abgelehnt. c) Mitteilungen von Regierungsrat Nägeli über die Maul- und Klauenseuche. Gegenwärtig sind in 13 Gemeinden und 170 Ställen über 1000 Stück Vieh von der Seuche getroffen. d) Redaktionslesung des neuen Sparkassengesetzes, das in der Schlußabstimmung einstimmig angenommen wird. e) Am 14. Okt. wird die Motion Meyer-Rusca erheblich erklärt, welche die Prüfung der Frage beantragt, ob und inwieweit

besondere gesetzliche Bestimmungen auch über den gewerbsmäßigen Verkehr mit fremden Geldern in anderer Form als derjenigen eigentlicher Spargelder erlassen werden sollen. f) Bewilligung eines Kredites von 10,000 Fr. für die landwirtschaftlichen Winterschulen in Wädenswil und Stäfa. g) Bewilligung eines Kredites von 10,500 Fr. für die Korrektion des Krebsbaches (Gemeinde Hirzel). i) Durchberatung und Annahme der Verordnung zum Fischereigesetz. h) Alt Regierungsrat Bleuler macht die Mitteilung, daß nach einem Beschlusse des Bundesrates die Konzession für das Kraftwerk bei Eglisau am 11. Oktober 1913 in Kraft getreten ist. i) Zum Präsidenten des Kassationsgerichtes an Stelle des zurücktretenden Prof. Hafter wird Rechtsanwalt Dr. Eugen Curti gewählt. k) Die Vorlage betr. die Erhöhung der Zahl der ordentlichen Bezirksanwälte bei der Bezirksanwaltschaft Zürich von zehn auf dreizehn wird angenommen. l) Die Verordnung über Beiträge an die Kosten des Feuerwehrwesens, welche eine Mehrausgabe von 82,000 Fr. beträgt, wird angenommen.

13. Okt. Dr. A. Steiner-Schweizer, der bekannte Musikschriftsteller, feiert den 70. Geburtstag.

15. Okt. Der Staatskanzlei wird der Initiativvorschlag zum Schutze der Arbeitsfreiheit als Ergänzung zum zürcherischen Strafgesetzbuch mit 12,100 Unterschriften eingereicht.

16. Okt. Der städtische Voranschlag für das Jahr 1914 sieht im ordentlichen Verkehr bei 24,532,830 Fr. Einnahmen und 25,801,265 Fr. Ausgaben einen Rückschlag von 1,268,435 Fr. vor.

18. Okt. In der ersten Sitzung der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich wird der siebzigjährige Gesellschaftspräsident Prof. Gerold Meyer von Knonau durch eine Ansprache des Vizepräsidenten, Prof. Wilhelm Oechsli, gefeiert.

19. Okt. Die außerordentliche Delegiertenversammlung des kantonalen Handwerker- und Gewerbevereins spricht sich auf einer Tagung zu Örlikon grundsätzlich mit 56 gegen 8 Stimmen für den Erlaß eines schweizerischen Gewerbegesetzes aus.

19. Okt. Die Kirchgemeinde Großmünster feiert die Einsetzung ihres neuen Geistlichen, Pfarrer Paul Högger.

20. Okt. Der kantonale Voranschlag für 1914 ergibt bei 31,484,340 Franken Einnahme und einer Ausgabe von 32,325,954 Fr. ein Defizit von 841,614 Fr.

21. Okt. Der Gewerbeverband der Stadt Zürich und die kantonale zürcherische Gewerbe- und Kleinhandelskammer reichen dem Kantonsrat zum Steuergesetz in motivierter Eingabe folgende Anträge ein: 1. Als Steuersystem ist die allgemeine und progressive Einkommensteuer mit einer ergänzenden proportionalen Vermögenssteuer zu wählen. Der Steuerfuß ist im Gesetze selbst festzulegen. 2. Haushaltungsvorständen und wirtschaftlich Schwachen sind die durch die Verhältnisse gebotenen Erleichterungen zu gewähren. 3. Der Schuldenabzug soll, wie im heutigen Gesetze, uneingeschränkt gestattet sein. 4. Die Besteuerung der anonymen Erwerbsgesellschaften soll im allgemeinen auf der Grundlage des Gesetzentwurfes der kantonsrätlichen Kommission erfolgen. Für die Großgeschäfte im Detailhandel — Warenhäuser, Filialgeschäfte und Konsumvereine — ist daneben eine von einem bestimmten Umsatz an erhobene, progressiv ausgebaute Umsatzsteuer einzuführen. 5. Ausländern, die sich des Erwerbes halber im Kanton aufhalten, sind gewisse Vergünstigungen mit Bezug auf die Steuern einzuräumen. 6. Das Einschätzungsverfahren ist zu verbessern, jedoch unter Gewährung der weitestgehenden Garantien für die Rechtssicherheit der Steuerpflichtigen. 7. Die Gebühren im Steuerprozeß sollen gesetzlich festgelegt und möglichst mäßig bemessen werden.

21. Okt. Der Stadtrat von Zürich richtet angesichts der drückenden Arbeitslosigkeit für verschiedene Berufsgruppen an die Bevölkerung der Stadt Zürich die dringende Bitte, Arbeiten, welche in der jetzigen Jahreszeit ausgeführt werden können, jetzt zur Ausführung bringen zu lassen.

22. Okt. Der jüngst verstorbene Winterthurer Großkaufmann Werner Sträuli macht Vergabungen im Betrage von 115,000 Fr.

25. Okt. **Großer Stadtrat.** a) Festsetzung der Baulinien des Kasinoplatzes. b) Der Beitrag der Stadt an die Offizielle Verkehrskommission wird vom 1. April 1914 an von 10,000 auf 17,000 Fr. erhöht. c) Bewilligung eines Kredites von 45,000 Fr. für die Außenrenovation des Großmünsterschulhauses.

25. Okt. Die Delegiertenversammlung des Verbandes der Verkehrsvereine im Tößtal beschließt in Turbental eine Reorganisation des Verbandes und genehmigt neue Statuten. Dr. A. Hablützel (Winterthur) wird zum Präsident der Verkehrskommission gewählt.

26. Okt. In Winterthur findet der Pfarreinsatz für Pfarrer Dr. Gasser statt.

26. Okt. In Meilen wird die restaurierte Kirche eingeweiht und das 25jährige Amtsjubiläum von Pfarrer Marty gefeiert.

27. Okt. Der Neubau der Höheren Töchterschule auf der Hohen Promenade wird dem Betrieb übergeben.

27. Okt. Der Große Stadtrat von Winterthur behandelt nach Durchberatung des Geschäftsberichtes die Interpellation Dr. Cortis über die Ausführung in Regie der neuen Friedhofanlagen.

29. Okt. Das Budget der Stadtgemeinde Winterthur für 1914 sieht ein Defizit, bezw. eine Entnahme aus der Steuerreserve von 177,829 Fr. vor.

30. Okt. Der Regierungsrat wählt zum Sekretär des Innern Dr. jur. Hans Appli von Zürich.

30. Okt. Die sozialdemokratische Fraktion des Großen Stadtrates spricht sich mit allen gegen zwei Stimmen prinzipiell für die Einführung der Polizeistunde in der Stadt Zürich aus.

Ende Okt. Dr. Carl Attenhofer tritt von der Leitung des Studentengesangvereins zurück, die er während 47 Jahren inne hatte. Volkmar Andreae übernimmt die Leitung des Vereines.

1. Nov. **Großer Stadtrat.** a) Durchberatung und Genehmigung der Gemeinderechnung von 1912. Sie schließt im ordentlichen Verkehr mit einem Vorschlag von 808,691 Fr. ab, gegenüber einem budgetierten Rückschlag von 293,000 Fr., wozu noch Nachtragskredite im Betrage von 722,310 Fr. kamen, so daß sich eine Besserstellung von im ganzen 1,824,001 Fr. ergibt. Im außerordentlichen Verkehr ist die ungedeckte Schuld von 10,743,094 Fr. am Ende 1911 auf 13,049,531 Fr. angestiegen. b) Fortsetzung der Beratung der Submissionsverordnung. Der Artikel betreffend das Koalitionsrecht der Arbeiter wird nach langer Diskussion an die Kommission zurückgewiesen, mit dem Auftrag, eine Formulierung im Sinne des Schutzes des Koalitionsrechts und der Koalitionsfreiheit zu suchen.

9. Nov. Neun Mitglieder des Großen Stadtrates aus allen Fraktionen beantragen dem Großen Stadtrate die Einführung der Polizeistunde für sämtliche Wirtschaften mit Einschluß der Gasthöfe auf spätestens 1 Uhr nachts. Die Wiedereröffnung soll nicht vor 5 Uhr morgens stattfinden. Das übliche Mittrinken des Wirtschaftspersonals weiblichen Geschlechts sei zu unter-

sagen. — 35 Mitglieder aus allen Fraktionen verlangen vom Stadtrate den Ausbau der Höheren Töchterschule zu einem Vollgymnasium mit kantonaler und eidgenössischer Maturitätsberechtigung.

9. Nov. Das Budget der Stadt Zürich pro 1914 schließt im ordentlichen Verkehr bei 24,532,830 Fr. Einnahmen und 25,801,265 Fr. Ausgaben mit einem Rückschlage von 1,268,435 Fr.

9. Nov. An der Herbstversammlung des Zürcher Hochschulvereins in Mettmenstetten spricht Prof. Dr. Zürcher über „Strafgesetz und Verbrecherbekämpfung".

10. Nov. f. **Kantonsrat.** a) Beratung und Genehmigung der Staatsrechnung von 1912, die mit einem Defizit von 902,360 Fr. schließt. b) Behandlung der Vorlage über Abänderung und Ergänzung der Verordnung betr. die Besoldung der Staatsbeamten. Es handelt sich um die Regelung der Ferien- und Urlaubsverhältnisse. Für die Gerichtsbeamten gelten die gesetzlichen Gerichtsferien mit der Einschränkung, daß die Gerichte für die Erledigung der Feriengeschäfte zu sorgen haben. Am 11. November beschließt der Rat in bezug auf die Weiterausrichtung der Besoldung während des Militärdienstes nach langer Diskussion mit 73 gegen 57 Stimmen, daß die beschlossenen Vergünstigungen nur bis 90 Tage und nur für den Unteroffiziers- und Soldatendienst gelten. c) In Sachen der „Notstandsmotionen" der sozialdemokratischen Partei und der Nationalräte Amsler und Hörni wird einstimmig die Fassung des Regierungsrates angenommen, welcher die Frage prüfen will, ob und in welchem Umfang unter Heranziehung des kantonalen Hilfsfonds den durch Mißernte, Maul- und Klauenseuche und Arbeitslosigkeit verursachten Schädigungen mit staatlichen Mitteln begegnet werden könne.

12. Nov. Der Nobelpreis für Chemie, der ungefähr 197,000 Fr. beträgt, wird Prof. Werner in Zürich verliehen.

13. Nov. Die Sammlung für die Militärluftfahrt hat bis 31. Oktober 1913 im Kanton Zürich 171,355 Fr. ergeben.

14. Nov. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das vom Komitee für die Volksinitiative zum Schutze der Arbeitsfreiheit eingereichte Begehren auf Verschärfung des Strafgesetzbuches für zustandegekommen zu erklären. Die Volksinitiative weist 11,357 gültige Unterschriften auf.

15. Nov. Der Regierungsrat beschließt prinzipiell die Schaffung einer kantonalen Kammer für Verkehrsfragen, die 15 Mitglieder zählen soll. Am 20. November wird die Kommission wie folgt bestellt: Als Vertreter der Regierung die Herren Regierungsräte Baudirektor Dr. Keller, Präsident der Kommission; Direktor der Volkswirtschaft Nägeli, Vizepräsident; Finanzdirektor Ernst; als Vertreter der Städte Stadtpräsident Billeter von Zürich und Stadtpräsident Dr. Sträuli von Winterthur; als Vertreter des Handels und Verkehrs Ständerat Dr. Usteri, Oberst Richard und Hotelier Neithardt; als Vertreter der Industrie Dr. Hans Sulzer, Hermann Bühler und Dr. Balsiger; als Vertreter des Gewerbes Nationalrat Dr. Odinga, als Vertreter der Landwirtschaft Kantonsrat Zwingli; ferner alt Regierungsrat Bleuler-Hüni; als Vertreter der Wasserwirtschaft Redakteur Dr. Wettstein.

15. Nov. **Großer Stadtrat.** a) Die Motion von Pfarrer Hirzel betr. Einführung der Polizeistunde um 1 Uhr und betr. Trinkverbot für die Kellnerinnen wird dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen. b) Dasselbe geschieht mit der Motion von Prof. Seiler betr. die Ausgestaltung der Höheren Töchterschule zu einem Vollgymnasium.

17. Nov. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt die von der Kirchenpflege vorgeschlagenen Besoldungsnormalien für die Geistlichen. — Die stadträtliche Vorlage über die Grundsätze für die Bewilligung von Subventionen wird durchberaten und mit 23 gegen 12 (sozialdemokratische) Stimmen angenommen. — Der bereits bestehende Verkehrsausschuß von Winterthur wird durch Zuzug von Vertretern des Handels und der Industrie usw. zu einer neungliedrigen städtischen Kommission für Verkehrsfragen erweitert.

22. Nov. **Großer Stadtrat.** Die Beratung der städtischen Submissionsverordnung wird fortgesetzt. Mit 66 gegen 44 Stimmen wird der Antrag der Kommissionsmehrheit auf vierzehntägige Lohnauszahlung genehmigt.

23. Nov. In einer vom freisinnigen Stadtverein einberufenen Versammlung sprechen Stadtpräsident Billeter und Stadtingenieur Werner über den Umbau der linksufrigen Seebahn.

24. Nov. f. **Kantonsrat.** a) Die Motion Walter, welche den Regierungsrat einladet, bei der Vergebung von Arbeiten und

Lieferungen für den Staat jenen Bewerbern den Vorzug zu geben, welche bei sonstiger Gleichwertigkeit der Offerten ihren Angestellten und Arbeitern während des obligatorischen Militärdienstes den Lohn ganz oder teilweise bezahlen, wird mit 126 gegen 25 Stimmen abgelehnt. b) Zum Vizepräsidenten des Kassationsgerichtes wird Prof. Dr. E. Hafter gewählt. c) Der Rat beschließt sofortiges Eintreten auf das Gesetz über das kantonale Einigungsamt. d) Am 25. November Genehmigung der Kantonalbankrechnung 1912. e) Mit 78 gegen 60 Stimmen beschließt der Rat, an den Bau der Surbtalbahn eine Subvention von 78,000 Fr. zu geben. Der Regierungsrat wollte eine Subvention von 85,000 Fr. geben.

25. Nov. Der Winterthurer Fabrikant Karl Sträuli-Haggenmacher macht Vermächtnisse im Betrage von 100,000 Fr.

26. Nov. **Kirchensynode.** a) Behandlung des Jahresberichtes des Kirchenrates für 1912. b) Der Bericht der Kommission über die Revision der Bibelübersetzung wird genehmigt und der Wunsch geäußert, daß es gelingen möchte, das Werk bis spätestens zum Jubiläum der Zürcher Reformation zu vollenden. c) Die Synode beschließt, daß der Kirchenrat die nötigen Schritte tun soll zur Erstellung eines Schulbibelauszuges. d) Die Motion der sozialistischen Fraktion betr. ein neues Wirtschaftsgesetz wird mit dem Amendement angenommen, daß der Regierungsrat die jetzt schon bestehenden Gesetzesbestimmungen in aller Strenge handhaben solle. e) Die Synode beschließt, eine Volksinitiative in die Wege zu leiten, wenn der Bundesrat seinen Beschluß vom 12. September 1913 betr. die Glücksspiele nicht ändere. f) Der Kirchenrat wird eingeladen, die Frage des Frauenstimmrechts in kirchlichen Angelegenheiten zu prüfen und der Synode zu geeigneter Zeit Bericht zu erstatten.

27. Nov. Der Regierungsrat wählt zum Vizedirektor des Technikums in Winterthur Prof. Paul Ostertag.

28. Nov. An der Jahresversammlung der Pestalozzigesellschaft Zürich wird die Errichtung einer musikalischen Volksbibliothek angeregt.

29. Nov. An der zürcherischen Sekundarlehrerkonferenz spricht Dr. Stettbacher über den „Ausbau der zürcherischen Sekundarschule“.

29. Nov. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung folgender drei Kredite: 34,000 Fr. für Erweiterung und Instandstellung der Badanstalt am Alpenquai; 69,000 Fr. für Verstärkungs- und Sicherungsarbeiten sowie für den Einbau einer Zentralheizungsanlage im Schulhause Ägerten und für die Innenrenovation der Turnhalle; 114,823 Fr. für den Ankauf von insgesamt 5552 Quadratmeter Bauland an der Goldbrunnenstraße beim Sekundarschulhaus Bühl. b) Die Beratung der Submissionsverordnung wird fortgesetzt.

30. Nov. Der kantonale Gewerbe- und Kleinhandelstag in Zürich genehmigt eine Resolution gegen den Entwurf der Zentralleitung des Schweiz. Gewerbevereins zu einem Gewerbegesetz und beschließt, an die Regierung das wiederholte Gesuch zu richten, sie möchte die schon lange dringend nötige Revision des Ausverkaufsgesetzes an Hand nehmen.

30. Nov. In Winterthur wird das kirchliche Gemeindehaus eingeweiht. — Der Kaufmännische Verein Winterthur feiert sein 50jähriges Jubiläum.

2. Dez. Die Sektion Zürich des Schweiz. Wirtevereins faßt nach zahlreichen Referaten einstimmig den Beschluß, die Einführung der Polizeistunde energisch zu bekämpfen und in diesem Sinne den Mitgliedern die Beantwortung der vom Polizeivorstand vorgelegten Enquetefragen zu empfehlen.

Anf. Dez. Der Verwaltungsrat der Bahn Wetzikon-Meilen wählt an Stelle des verstorbenen Widmer-Heußer in Goßau zum Präsidenten des Verwaltungsrates und der Direktion Kantonsrat W. Heußer in Goßau.

5. Dez. Die allgemeine Wählerversammlung des freisinnigen Bezirksvereins Zürich beschließt, für die drei neugeschaffenen ordentlichen Stellen an der Bezirksanwaltschaft die bisherigen außerordentlichen Funktionäre Dr. Münch, Dr. Stamm und Stiefel zu portieren. — Die demokratische Partei des Bezirkes faßt denselben Beschluß.

6. Dez. **Großer Stadtrat.** a) Genehmigung der Pläne und des Kostenvoranschlags für den Bau des Hauptkanals in der Rosengarten-Bucheggstraße von der Röschibach- bis zur Rötelstraße. b) Bewilligung eines Kredites von 41,200 Fr. für den Ausbau der Nordstraße. c) Weiterberatung der Submissionsverordnung.

6. Dez. Die kantonale Verkehrskommission stellt in ihrer ersten Sitzung ein Arbeitsprogramm auf, das folgende Richtlinien aufweist: 1. Verbesserung der Zufahrten zum Gotthard; 2. Verbesserung der Linie Basel-Zürich-Arlberg; 3. Stellungnahme zur Frage der Ostalpenbahn; 4. Stellungnahme zu den Fragen der Wasserwirtschaft (Schiffbarmachung des Rheins usw.). Die Kommission spricht sich sodann nach reger Diskussion einstimmig dafür aus, daß die Eisenbahnlinie Zug-Arth-Goldau dem Kreise III der Schweiz. Bundesbahnen zugeteilt werde.

6. Dez. Infolge des starken Schneefalles und Sturmes werden die Leitungskabel des Albulawerkes und des Löntschwerkes gestört. Beleuchtung, Tramverkehr usw. der Stadt Zürich wurden dadurch während Stunden unterbunden.

7. Dez. Der kantonale liberale Parteitag in Zürich beschließt nach Referaten von Rechtskonsulent Dr. Müller über das Rechtshilfekonkordat, Nat.-R. Dr. Schmid über das Sparkassengesetz und Regierungsrat Dr. Keller über das Automobilgesetz die Annahme der drei Referendumsvorlagen.

7. Dez. An der kantonalen demokratischen Dezemberfeier in Zürich spricht Parteipräsident Dr. O. Wettstein über die Aufgaben der demokratischen Partei und deren Verhältnis zum Staat. Nach Referaten von Rechtsanwalt Dr. A. Keller über das Rechtshilfekonkordat, von Bankpräsident Graf über das Sparkassengesetz und von Dr. Wettstein über das Automobilgesetz werden die drei Vorlagen zur Annahme empfohlen.

8. Dez. **Kantonsrat.** a) An Kommissionen werden die Vorlagen des Regierungsrates über ein Baugesetz für den Kanton Zürich und über die Schiffahrt auf den zürcherischen Gewässern gewiesen. b) Beginn der Detailberatung des Gesetzes über ein kantonales Einigungsamt. c) Die Kassation der Ersatzwahl im Wahlkreis Örlikon vom 26. Oktober 1913 wird nach langer Diskussion mit 104 gegen 43 Stimmen beschlossen und der Regierungsrat beauftragt, einen neuen Wahlgang anzuordnen. Gleichzeitig wird der Regierungsrat eingeladen, in geeigneter Weise den Gemeindebehörden die Vorschriften des Wahlgesetzes und der dazu gehörenden Verordnungen in Erinnerung zu rufen und insbesondere eine Wegleitung über die Behandlung von Stimmzetteln von im Militärdienst befindlichen Stimmberechtigten zu erlassen.

8. Dez. Der Große Stadtrat von Winterthur beginnt mit der Beratung der Voranschläge für 1914. Für die Beteiligung an der Landesausstellung in Bern werden 2000 Fr. bewilligt. — Der Gemeindeverein Winterthur stellt am 9. Dez. als Kandidat für eine Ersatzwahl in den Großen Stadtrat Geo. Reinhart von der Firma Gebrüder Volkart auf. — Die demokratische Vereinigung stimmt dieser Kandidatur zu und bezeichnet als ihren Kandidaten für den Großen Stadtrat Ingenieur Rohrer.

9. Dez. Der neue Bahnhof in Örlikon wird dem Betrieb übergeben.

11. Dez. Die Brauerei Haldengut in Winterthur feiert das 25jährige Jubiläum.

13. Dez. Der Gemischte Chor Zürich feiert sein 50jähriges Jubiläum.

14. Dez. In der **kantonalen Volksabstimmung** werden das Konkordat betr. Gewährung gegenseitiger Rechtshilfe mit 50,854 gegen 17,634, das Gesetz über die staatliche Beaufsichtigung der Sparkassen mit 46,026 gegen 24,317 Stimmen angenommen, während das Gesetz über den Straßenverkehr und die Motorfahrzeuge mit 39,068 gegen 30,856 Stimmen verworfen wird. — Im Bezirk Zürich werden als neue außerordentliche Bezirksanwälte bei einem absoluten Mehr von 10,305 Stimmen die bürgerlichen Kandidaten gewählt: Dr. Münch mit 16,101, Dr. Stamm mit 16,034 und Heinrich Stiefel mit 16,254 Stimmen. Der sozialdemokratische Arbeitersekretär Gschwend überschreitet mit 13,036 Stimmen das absolute Mehr, ist aber nicht gewählt. — In Winterthur werden Geo. Reinhart mit 2134 und Ingenieur Rohrer mit 1984 Stimmen in den Großen Stadtrat gewählt.

14. Dez. Auf der Wintertagung der kant. gemeinnützigen Gesellschaft in Winterthur hält Rechtsanwalt Dr. Pfenninger (Zürich) einen Vortrag über das Thema: „Wie die Leute um ihr gutes Geld kommen".

15. Dez. Der Große Stadtrat von Winterthur vollendet die Beratung der Voranschläge pro 1914 und genehmigt eine Besoldungsrevision für Gymnasium und Industrieschule nach den Anträgen des Schulrates.

Mitte Dez. Der Verwaltungsrat der Theater-Aktiengesellschaft Zürich bestellt sein Bureau neu wie folgt: Präsident Dr. Hans Schuler; Vizepräsident Oberrichter H. Wyß; Aktuar: Ober-

richter Dr. C. Escher. Als Delegierter wird an Stelle des zurücktretenden Herrn A. Schöller neu Herr A. Dürler-Tobler gewählt.

15. Dez. f. **Kantonsrat.** Beratung des Voranschlags für 1914. Die Ausgaben betragen nach dem Auszug der Rechnung 32,325,954 Franken, die Einnahmen 31,484,340 Fr., somit ergibt sich ein Defizit von 841,614 Fr., zusammen mit den Resten früherer Defizite resultiert ein Gesamtrückschlag von 2,843,619 Fr. Das Budget wird genehmigt.

17. Dez. **Großer Stadtrat.** a) In bezug auf den Bau eines Bezirksgebäudes auf dem Rotwandareal wird folgender Beschluß gefaßt: Dem Stadtrat wird für die Erstellung eines Bezirksgebäudes auf dem Rotwandareal im Kreise 4 ein Kredit von 3,225,000 Fr. bewilligt. Die Ausgabe ist mit dem Betrag der zu 5 Prozent kapitalisierten jährlichen Entschädigung des Kantons an den Bezirkshauptort zu Lasten der realisierbaren Aktiven, mit dem Rest zu Lasten des außerordentlichen Verkehrs zu verbuchen. In eigener Kompetenz beschließt der Rat: Die Pläne und der Kostenvoranschlag für das neue Bezirksgebäude auf dem Rotwandareal werden unter Vorbehalt der Kreditbewilligung durch die Gemeinde genehmigt, mit der Änderung, daß die Durchfahrt der Kanzleistraße unter dem Flügel an der Ankerstraße erweitert werden soll. Der Stadtrat wird ermächtigt, die Grundfläche des großen Gerichtssaales zu verringern. b) Die II. Reihe der Nachtragskredite für 1913 (142,350 Fr. auf den ordentlichen Verkehr und 184,450 Fr. auf die besondern Unternehmungen) wird genehmigt. c) Bewilligung eines Kredites von 50,000 Fr. für die Verlegung der Straßenbahn von der Werd- in die Birmensdorferstraße. d) Ergänzungswahlen in die Kreiswahlbureaus 2 bis 7.

20. Dez. **Großer Stadtrat.** a) Nach einem Referat von Oberst Usteri über die Beteiligung der Stadt Zürich an der Errichtung einer Zentralbibliothek beschließt der Rat zuhanden der Gemeinde: „1. Für die Erwerbung des Amtshausplatzes von der Stiftung des stadtzürcherischen Nutzungsgutes um den Preis von 430,000 Fr., für dessen unentgeltliche Abtretung an die zu errichtende Zentralbibliothek und für den nach Abzug der freiwilligen Beiträge von Privaten auf die Stadt entfallenden Anteil von 225,000 Fr. an den Kosten des neuen Zentralbibliothekgebäudes wird ein Kredit von 655,000 Fr. auf Rechnung des außerordentlichen Verkehrs bewilligt. 2. Der

zwischen dem Regierungsrat und dem Stadtrate abgeschlossene Vertrag über die Errichtung einer Zentralbibliothek als öffentliche Stiftung wird genehmigt." In eigener Kompetenz beschließt der Rat: „Der Stadtrat wird eingeladen, eine nochmalige Prüfung der Frage zu veranlassen, ob durch eine Verminderung der Gebäudehöhe am Zähringerplatz nicht auf eine bessere ästhetische Wirkung größere Rücksicht genommen werden kann." — Die bürgerliche Abteilung faßt zuhanden der Bürgerschaft folgende Beschlüsse: 1. Der im Eigentum der Stiftung des stadtzürcherischen Nutzungsgutes stehende Amtshausplatz wird dem Gemeindegut um den Preis von 430,000 Fr. abgetreten. 2. Der zwischen dem Regierungsrat und dem Stadtrat abgeschlossene Vertrag über die Errichtung einer Zentralbibliothek als öffentliche Stiftung wird genehmigt. b) Fortsetzung der Beratung der Submissionsverordnung.

21. Dez. In einer vom Verein der städtischen Freisinnigen veranstalteten Tonhalle-Versammlung sprechen Baumeister Kruck (Zürich) und Regierungsrat Dr. Mangold (Basel) über die Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung.

22. Dez. **Kantonsrat.** a) Die Interpellation Krebs (Töß) über die Verhältnisse in den Vorortsgemeinden von Winterthur wird von Regierungsrat Dr. Stößel dahin beantwortet, der Regierungsrat habe die Sache nicht vernachlässigt. Schon im Jahre 1909 sei ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden. Der Regierungsrat hoffe nun, in den ersten Monaten 1914 eine neue Vorlage machen zu können. b) Beratung der Beschwerde von Tößtalbewohnern gegen die Errichtung eines Schonreviers am Tößstock. Am 13. Januar wird nach langer Diskussion mit großer Mehrheit beschlossen, die Beschwerde abzuweisen, den Regierungsrat aber zur Revision des Jagdgesetzes einzuladen.

22. Dez. Zwischen den Schweiz. Bundesbahnen, vertreten durch die Generaldirektoren Sand und Dr. Haab, und der Stadt Zürich, vertreten durch Stadtpräsident Billeter und die Stadträte Dr. Klöti und Nägeli, kommt unter Vorbehalt der Ratifikation durch die gesetzlichen Instanzen eine Einigung zustande über die Verlegung der **linksufrigen Zürichseebahn** im Gebiete der Stadt Zürich. Darnach soll das Projekt VI mit dem neuen Bahnhof Enge an der Grütli- bezw. Seestraße zur Ausführung gelangen. — Am 29. Dez. beschließt der Kreiseisenbahnrat III,

diesem Projekt über den Umbau der linksufrigen Zürichseebahn im Gebiete der Stadt Zürich zuzustimmen und es zur Ausführung zu empfehlen.

28. Dez. Die Gemeindeversammlung von Winterthur genehmigt die Voranschläge für 1914, eine teilweise Reorganisation der höhern Schulen wegen der Besoldungen der Professoren und die neuen Besoldungsnormalien für die Geistlichen.

30. Dez. Der akademische Senat der Universität wählt zum Rektor für die Amtsdauer 1914/16 Dr. Max Cloetta, ordentlichen Professor an der medizinischen Fakultät, und zum Aktuar des Senates den außerordentlichen Professor Dr. Hans Wehrli.

1914.

8. Jan. Der Regierungsrat wählt als Professor für elektrotechnische Fächer und konstruktive Übungen am Technikum in Winterthur J. Fischer-Hinnen, Oberingenieur der Maschinenfabrik in Örlikon; als a.-o. Bezirksanwälte in Zürich Dr. jur. Franz von Cleric und Dr. jur. Siegfried Rhonheimer.

9. Jan. Der Regierungsrat genehmigt die von Rektor Dr. Egger entworfene und vom Senat und Erziehungsrat durchberatene neue Universitätsordnung.

10. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Der Rat beschließt nach mehrstündiger Diskussion mit 66 gegen 42 Stimmen die Errichtung von sieben neuen Lehrstellen für die Primarschule und mit 68 gegen 38 Stimmen die Schaffung von vier neuen Stellen der Sekundarschule, gegenüber dem Antrage des Stadtrates, aus Sparsamkeitsrücksichten nur sechs neue Stellen für die Primar- und drei für die Sekundarschule zu schaffen. b) Der Freiwilligen- und Einwohnerarmenpflege wird auf Kosten des Jahres 1914 für das Jahr 1913 ein außerordentlicher Beitrag von 50,000 Fr. gewährt und der ordentliche Beitrag der politischen Gemeinde wird vom Jahre 1914 an auf 130,000 Fr. (bisher 100,000 Fr.) angesetzt. c) Die Zahl der Fleischschauer wird von 10 auf 12 erhöht. d) Der Bebauungsplan des Waidareals wird genehmigt.

10. Jan. Der Lehrkörper der Zürcher Hochschule spricht sich mit großer Mehrheit gegen die Ausführung der mit den beiden ersten Preisen ausgezeichneten Entwürfe Hermann Hubers und Paul Bodmers für Ausmalung des Senats- resp. Dozentenzimmers aus.

12. Jan. f. **Kantonsrat.** a) Der Rat beschließt entgegen dem Antrag des Regierungsrates, das Postulat betr. die Besoldungen der Betreibungsbeamten festzuhalten. b) Genehmigung der Vorlage betr. die veränderte Abgrenzung einzelner Notariatskreise im Gebiete der Stadt Zürich. c) Genehmigung der 1. Serie der Nachtragskredite 1913 im Betrage von 96,200 Fr. d) Beratung des Rechenschaftsberichtes für 1914. Die Verschmelzung von Rechnungsprüfungs- und Geschäftsberichtsprüfungskommission wird angeregt. — Fortsetzung der Beratung am 19., 26. Januar, 2., 3., 16. und 17. Februar. Am 17. Februar Genehmigung des Berichtes. Am 20. Januar und 2. Februar kommt es zu einer großen Debatte über die Verhältnisse am Strickhof. Der Rat beschließt, den Bericht der Aufsichtskommission nicht drucken zu lassen und auch keine weitere Untersuchung mehr zu veranlassen.

15. Jan. Dr. Arnold Lang wird auf sein Gesuch hin aus Gesundheitsrücksichten auf 15. April als ordentlicher Professor der philosophischen Fakultät II der Universität Zürich entlassen unter gleichzeitiger Ernennung zum Honorarprofessor und unter Ansetzung eines jährlichen Ruhegehaltes. — Die gleiche Ehrung der Ernennung zum Honorarprofessor, auf Grund der neuen Universitätsordnung vom 8. Januar 1914, sollte auch dem hochverdienten ehemaligen Professor für internationales Privatrecht an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich Dr. F. Meili zuteil werden. Der heute früh erfolgte Tod des Genannten ließ die Absicht des Regierungsrates nicht mehr zur Ausführung gelangen.

19. Jan. Der Verwaltungsrat der Schweiz. Kreditanstalt beschließt, dem Kaufmännischen Verein Zürich „in Anerkennung der vorzüglichen Dienste, die er für die Ausbildung junger Kaufleute in sprachlicher und allgemein kommerzieller Richtung leistet", an die Kosten seines Neubaues eines Schul- und Vereinshauses einen Beitrag von 25,000 Fr. zu verabfolgen.

21. Jan. Der **Große Stadtrat** beratet die städtische Submissionsverordnung zu Ende und nimmt sie in der Schlußabstimmung mit 54 gegen 47 Stimmen an. Auf das Verlangen der 45 sozialdemokratischen Mitglieder muß die Verordnung der Gemeindeabstimmung unterbreitet werden. — Am 22. Februar nimmt der Rat den auf einer Verständigungskonferenz der Parteien

angenommenen Kompromiß an, nach welchem ausgeschlossen von der Berücksichtigung bei Submissionen sind Angebote von Bewerbern, welche die erforderliche Sicherheit nicht bieten oder Vereinsrecht oder Vereinsfreiheit der Angestellten und Arbeiter offenbar verletzen. Die so abgeänderte Vorlage wird ohne Opposition angenommen. Die sozialdemokratische Fraktion zieht ihr Begehren auf Ansetzung einer Gemeindeabstimmung zurück.

24. Jan. Der **Große Stadtrat** genehmigt den städtischen Voranschlag pro 1914 mit 24,562,830 Fr. Einnahmen und 25,842,365 Fr. Ausgaben und einem Rückschlag von 1,279,535 Fr.

27. Jan. Das Budget der Stadtgemeinde Winterthur sieht ein Defizit von 183,789 Fr. vor, das durch Entnahme dieses Betrages aus der Steuerreserve zu decken wäre.

31. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines außerordentlichen Beitrages von 10,000 Fr. an die Restauration der Fraumünsterkirche. b) Genehmigung des Voranschlages des außerordentlichen Verkehrs für 1914, der eine Schuldenvermehrung von 2,986,340 Fr. vorsieht. c) Beratung des Geschäftsberichtes des Stadtrates für 1913; Fortsetzung am 7., 14., 21., 28. Februar. d) Für die Anschaffung von 23 Motorwagen (einschließlich dreier Wagen der Albisgütlibahn) und 15 Anhängewagen wird ein Kredit von 742,500 Fr. erteilt, wovon 400,000 Fr. in den Voranschlag der Baurechnung der Straßenbahn für das Jahr 1914, der Rest von 342,500 Fr. in den des Jahres 1915 aufzunehmen sind. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt den Voranschlag der bürgerlichen Güter und Stiftungen.

Ende Jan.: Die am 16. April 1913 verstorbene Frau Marie Jenny-Becker von Ennenda hat in ihrem Testament einen Teil ihres Vermögens für wohltätige Anstalten der Stadt Zürich bestimmt. Das nunmehr ausgerichtete Vermächtnis beläuft sich auf 100,992 Fr.

1. Febr. Auf dem kantonalen sozialdemokratischen Parteitag in Zürich referiert Zentralpräsident Dr. Studer über die Anwendung der taktischen Beschlüsse des Aarauer Parteitages im Kanton Zürich, Stadtrat Pflüger über die Arbeitslosenfürsorge, Manz über die Kantonsratswahlen.

1. u. 2. Febr: Zürcher Flugmeeting. Flüge von Montmain, Poullet und Md. Richer aus Paris.

2. Febr. f. **Kantonsrat.** a) Der Jahresbericht des Kirchenrats wird ohne Diskussion genehmigt, der neue Entwurf für ein Wirtschaftsgesetz an eine Kommission von 11 Mitgliedern gewiesen. b) In Sachen der Ersatzwahl im Wahlkreis Örlikon beschließt der Rat mit 89 gegen 80 Stimmen, die Ersatzwahl nicht mehr vornehmen zu lassen. c) Am 3. Februar beschließt der Rat bei der Weiterberatung des Rechenschaftsberichtes, der Regierungsrat sei einzuladen, in einer allgemeinen Wegleitung die Aufgaben und Rechte der Organe der öffentlichen Gesundheitspflege, soweit außerordentliche Maßnahmen zur Bekämpfung und Eindämmung von Viehseuchen notwendig werden, näher zu umschreiben. Die Volkswirtschaftsdirektion sichert sofortige Prüfung der Frage zu, ob mit Rücksicht auf den Stand der Maul- und Klauenseuche noch weitere Erleichterungen als die am 19. Januar beschlossenen im Viehverkehr eintreten könnten. — Der baldige Erlaß eines Gesetzes betr. einheitlichen Ladenschluß wird verlangt.

3. Febr. Der Große Stadtrat von Winterthur beschließt die Schaffung neuer Stellen für den Betrieb der erweiterten Straßenbahn und genehmigt den Kaufvertrag, nach welchem in der Gemeinde Wyla ein größerer Gütergewerb erworben werden soll, um das erst kürzlich angekaufte Quellgebiet zu sichern. — Die „Steuerkommissions-Motion" von Zugführer Wyß wird abgelehnt. — Die Vorschriften betr. vorsorgliche Maßnahmen bei der Ausführung von Bauten werden angenommen.

3. Febr. Die Jahresversammlung des Zürcher Preßvereins beschließt eine Neuorganisation der Unterstützungskasse der stadtzürcherischen Presse.

5. Febr. Kapellmeister Dr. Lothar Kempter feiert den 70. Geburtstag.

6. Febr. Die außerordentliche sozialdemokratische Parteiversammlung der Stadt Zürich bestätigt als kantonalen Vorort mit geringen Änderungen die bisherige kantonale Geschäftsleitung mit Manz-Schäppi als Parteipräsident. Eine mehrstündige Diskussion über die künftige Stellung der „Eintracht" innert der stadtzürcherischen Partei endigt mit einem entschiedenen Siege der „Eintracht" über den Unionsvorstand und die Schweizer.

7. Febr. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 69,500 Fr. für den Umbau einer Schmutzwasserdole im Seefeldquai. b) Bei der Weiterberatung des Geschäftsberichtes teilt Stadtrat Dr. Erismann mit, daß die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung in der Stadt Zürich 400,000 bis 500,000 Fr. kosten werde. Nach einer langen Diskussion wird der Umbau der Liegenschaft „Obstgarten" in ein Notkrankenhaus abgelehnt und der Stadtrat beauftragt, ein geeigneteres Objekt für diesen Zweck vorzuschlagen.

10. Febr. Das Corsotheater führt Edisons sprechenden Kinematographen vor.

11. Febr. In Winterthur hält auf Veranlassung des Stadtrates, der Kaufmännischen Gesellschaft und des Verkehrsvereins Dr. Rob. Herold, Direktionssekretär der Bodensee-Toggenburg-Bahn, einen Vortrag über „Streiflichter auf Probleme der Randen- und Ostalpenbahn".

11. Febr. In Bern findet eine erste Konferenz über den Rückkauf der Tößtalbahn und der Bahn Wald-Rüti statt.

12. Febr. Die Anklagen aus dem Generalstreik sind der zweiten Abteilung des Bezirksgerichtes überwiesen worden. Die Anklagen richten sich gegen 113 Personen; sie zerfallen in fünf Kategorien und richten sich gegen neun Angeklagte, welche als Arbeiterführer den Generalstreik empfahlen, gegen sieben Angeklagte, welche speziell die Arbeiter des Gaswerkes zum Generalstreik ermunterten, gegen 47 Arbeiter des städtischen Gaswerkes, gegen 34 Arbeiter des städtischen Elektrizitätswerkes, gegen 12 Arbeiter der Werkstätte auf dem Guggach und gegen 4 Arbeiter der städtischen Wasserversorgung. Die Anklagen lauten auf Dienstpflichtverletzung bezw. Anstiftung hiezu und auf Nötigung. Die Strafanträge lauten auf Bußen von 20 bis auf 100 Fr. und Gefängnis von vier Tagen bis auf drei Monate.

13. Febr. Die Baudirektion unterbreitet dem Regierungsrat einen Bericht betr. den Wettbewerb für die Wandgemälde der neuen Universität, aus dem sich folgendes ergibt: Für die Ausschmückung des Dozentenzimmers wird der von der Jury mit dem ersten Preis ausgezeichnete Paul Bodmer einen vollständig neuen Entwurf vorlegen. Auf die Ausführung des Gemäldes im Senatszimmer hat Hermann Huber freiwillig verzichtet, die künstlerische Ausschmückung der für dieses Gemälde bestimmten Wand soll einstweilen unterbleiben.

14. Febr. Der Stadtrat wählt zum Direktor des städtischen Gaswerkes den diplomierten Ingenieur Fritz Escher von Zürich, bisher Betriebsingenieur beim Gaswerk Straßburg, und zum städtischen Straßeninspektor den Architekten beim Tiefbauamt der Stadt Zürich, August Bernath von Thayngen.

14. Febr. Im **Großen Stadtrat** kommt es bei der Weiterberatung des Geschäftsberichtes zu einer eingehenden Diskussion über die Prostitution in Zürich.

15. Febr. An dem zweiten Vortragsabend der Freisinnigen Vereinigung der Stadt Zürich beleuchtet Dr. Herold, Direktionssekretär der Bodensee-Toggenburg-Bahn in St. Gallen, das Ostalpenbahnprojekt nach seiner volkswirtschaftlichen und politischen Seite. Der Redner tritt für den Splügen ein.

16. Febr. An der Generalversammlung des Verkehrsvereins Zürich spricht Dr. ing. Bertschinger über die Binnenschiffahrt der Schweiz.

16. Febr. f. **Kantonsrat.** a) Bei der Weiterberatung des Rechenschaftsberichtes kommt es zu einer einläßlichen Darstellung der in der Korrektionsanstalt Ringwil bestehenden Zustände. b) Am 17. Februar wird die Vorlage betr. Vereinigung der Schulgemeinden Hausen und Ebertswil genehmigt und der Staatsbeitrag mit 94 gegen 66 Stimmen auf 2000 Fr. festgesetzt. c) Die Vorlage über die Errichtung einer Zentralbibliothek, die 1,6 Millionen kosten wird, wird mit 126 gegen 11 Stimmen genehmigt. Der Kanton hat an die Anstalt 425,000 Fr. zu zahlen.

18. Febr. Zur Einführung in die Vaterlandskunde und insbesondere in das Wesen, die Probleme und Aufgaben des modernen Kulturstaates veranstaltet der Winterthurer Stadtrat vom 18. Februar bis zum 9. Mai eine Serie von 14 öffentlichen Vorträgen.

20. Febr. Der Regierungsrat wählt als ordentlichen Professor für Zoologie und vergleichende Anatomie sowie zum Vorstand des zoologischen Institutes und des zoologischen Museums der Universität Zürich Prof. Dr. Karl Hescheler von St. Gallen, zurzeit ordentlicher Professor für Zoopaläontologie und vergleichende Embryologie und verwandte Gebiete in Zürich.

21. Febr. Im **Großen Stadtrat** kommt es bei der Weiterberatung des Geschäftsberichtes zu einer langen Diskussion über das Straßenbahnwesen, die am 28. Februar und 14. März fortgesetzt wird.

22. Febr. Die außerordentliche Delegiertenversammlung des Verbandes der Krankenkassen in Uster genehmigt den zwischen Kassen und Ärzten abgeschlossenen Vertrag und beschließt den Austritt aus dem Schweiz. Konkordate für Freizügigkeit mit 140 gegen 18 Stimmen.

22. Febr. Der Gemischte Chor Uster feiert sein 50jähriges Jubiläum.

23. Febr. **Kantonsrat.** a) Beratung und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Obergerichtes. b) In Abänderung der Verordnung über die Amtsstellung und die Besoldung der Beamten und Angestellten der Verwaltung und der Gerichte beschließt der Rat mit großer Mehrheit, im Militärdienstfalle die Übernahme der Kosten der Stellvertretung, abgesehen von der Bezahlung der Besoldung durch die Staatskasse, zu beschränken auf Abwesenheit im Aktivdienst, in der Rekrutenschule, in Wiederholungskursen, in Unteroffiziersbildungsschulen, in Offiziersbildungsschulen und in den obligatorischen Rekrutenschulen, die der Wehrmann als Unteroffizier oder als Leutnant zu leisten hat. Die ganze Verordnung wird in der Schlußabstimmung einstimmig angenommen. c) Das Kreditbegehren von 639,000 Fr. für Erweiterungsbauten auf dem Areal des Kantonsspitals Winterthur wird angenommen.

1. März. In der **Gemeindeabstimmung der Stadt Zürich** werden angenommen: 1. der Kredit für das Bezirksgebäude mit 13,284 gegen 3708 Stimmen; 2. der Kredit für die Zentralbibliothek mit 12,255 gegen 4499 Stimmen. — Die Bürgerschaft der Stadt Zürich beschließt die Abtretung des Amtshausplatzes resp. den Vertrag betr. Zentralbibliothek mit 4962 gegen 1440 Stimmen. — An Stelle des zurückgetretenen Dr. Karl Geßner wird Dr. jur. Eugen Hasler mit 10,688 Stimmen zum Mitglied des Bezirksgerichtes Zürich gewählt.

2. März. Das Aktionskomitee für die Durchführung der Initiativbewegung gegen die Glücksspiele wird zusammengesetzt aus Pfarrer Liechti (Zürich), Sekundarlehrer Hardmeier (Uster), Pfarrer Sutermeister (Feuerthalen) und Dr. v. Sprecher.

4. März. Am dritten der von der Freisinnigen Vereinigung der Stadt Zürich veranstalteten Vortragsabende spricht Oberst Richard, Sekretär der Zürcher Handelskammer, über die Ostalpenbahnfrage. Er kommt zu dem Schlusse, daß die Ausführung des Splügenprojektes dem Lande unter allen Umständen großen Schaden bereiten würde.

7. März. Das „Im Röseligarte" betitelte schweizerische Volksliederfest des Lesezirkels Hottingen nimmt in der Tonhalle einen glänzenden Verlauf.

8. März. Die Delegiertenversammlung der demokratischen Partei des Kantons Zürich beschließt nach der Besprechung der kommenden Regierungsratswahlen mit 51 gegen 19 Stimmen, es sei von den bisherigen Regierungsräten Herr Dr. Stößel nicht mehr zu portieren und Herr Nägeli nicht mehr auf die demokratische Liste zu nehmen.

9. März ff. **Kantonsrat.** Das Reglement für die Gewerbehalle der Kantonalbank wird genehmigt. b) Genehmigung der zweiten Serie der Nachtragskredite von 723,110 Fr. für das Jahr 1913. c) Der Rat beschließt Eintreten auf das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung, dessen artikelweise Beratung am 9. und 10. März durchgeführt wird. In Art. 2, der den Minimalumfang des Obligatoriums regelt, beschließt der Rat: 1. in das Obligatorium nur die Krankenpflege, nicht auch das Krankengeld, einzuschließen; 2. die Kinderversicherung obligatorisch aufzunehmen (mit 102 gegen 41 Stimmen); 3. die Einkommensgrenzen nach 1500 und 1200 Fr. festzusetzen mit 101 gegen 41 Stimmen; 4. den Antrag Sigg, alles den Gemeinden zu überlassen, abzulehnen.

9. März. Der Große Stadtrat von Winterthur stimmt dem Antrage des Stadtrates auf Schaffung einer kommunalen Säuglingsfürsorgestelle zu.

12. März. Der zürcherische Feuerbestattungsverein hat dem Stadtrat 18,650 Fr. für den Bau einer Orgel im neuen Krematorium überwiesen.

13. März. Der Regierungsrat ernennt Dr. Adolf Kägi, gewesenen ordentlichen Professor für Sanskrit, Indogermanisch und klassische Philologie an der Universität Zürich, auf Beginn des Sommersemesters 1914 zum Honorarprofessor.

14. März. Der **Große Stadtrat** bewilligt zwei Kredite von 25,000 Fr. und 18,000 Fr. für Bauten auf den Schießplätzen Rehalp und Allmend Fluntern. Ein weiterer Kredit von 1,230,000 Franken wird für den Bau einer Beleuchtungs- und Umformerstation an der Selnaustraße bewilligt.

16. März. **Kantonsrat.** Die Beratung des Einführungsgesetzes zur Kranken- und Unfall-Versicherung wird fortgesetzt und

vollendet. Der Art. 16 erhält nach dem Vorschlag der Kommission die folgende Fassung: „Der Staat gewährt den anerkannten Krankenkassen neben den ihnen zukommenden Leistungen des Bundes für jede obligatorisch für ärztliche Behandlung und Arznei versicherte Person jährlich einen Franken; außerdem leistet er den Gemeinden an die Auslagen, die ihnen durch die Bezahlung der Beiträge für dürftige, obligatorisch versicherte Personen entstehen (§ 13), Beiträge in der Höhe eines Drittels dieser Auslagen."

17. März. Die Rechnungen der Stadt Winterthur für das abgelaufene Jahr 1913 schließen mit einem Defizit von 199,982 Franken, das der Steuerreserve entnommen wird. Diese geht damit auf den Betrag von 164,417 Fr. zurück.

18. März. Die demokratische Partei der Stadt Zürich beschließt einstimmig, als Kandidaten für den Stadtrat an Stelle des zurücktretenden Herrn Fritschi Oberstleutnant Hans Kern zu portieren.

18. März. Der verstorbene Horgener Bürger Wilhelm Stünzi vermacht seiner Heimatgemeinde Horgen und einer Reihe wohltätiger Anstalten beträchtliche Vermächtnisse.

19. März. In der Stadt Winterthur wird das 50jährige Lehrerjubiläum der Herren Dr. K. Hauser, Kaspar Huber und Heinrich Kriesi gefeiert.

22. März. Die **Staatsrechnung des Kantons Zürich für 1913** ergibt bei 32,921,397 Fr. Einnahmen und 31,665,964 Fr. Ausgaben einen Überschuß von 1,255,433 Fr. gegenüber einem vorgesehenen Fehlbetrag von 1,807,210 Fr.

23. März. **Kantonsrat.** a) Durchberatung und Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Rechnung der kantonalen Elektrizitätswerke. b) Der Regierungsrat teilt mit, daß gegen den Kantonsratsbeschluß auf Errichtung einer Wildreservation im Tößtal ein staatsrechtlicher Rekurs beim Bundesgericht eingereicht sei. Der Regierungsrat wird mit dessen Beantwortung betraut. c) Für den Spital für Frauenkrankheiten in Zürich wird ein Kredit von 750,000 Fr. und für Erweiterungsbauten in der Versorgungsanstalt Rheinau ein Kredit von 1,747,000 Fr. bewilligt. Die jährliche Mehrausgabe für den Staat beträgt 290,000 Fr. d) Durchberatung und Annahme des Gesetzes über die Schiffahrt auf den zürcherischen Gewässern.

24. März. Die freisinnige Wählerversammlung der Stadt Zürich beschließt, die demokratische Stadtratskandidatur von Oberstleutnant Hans Kern zu unterstützen.

26. März. Die Rechnung der Stadt Zürich für 1913 schließt bei 24,835,035 Fr. Einnahmen und 24,495,636 Fr. Ausgaben mit einem Vorschlage von 339,378 Fr. Vorgesehen war ein Rückschlag von 786,996 Fr.

28. März. **Großer Stadtrat.** a) Dem zurückgetretenen Herrn Stadtrat Fritschi wird der verdiente Dank ausgesprochen. b) Weiterberatung des Geschäftsberichtes des Stadtrates für 1912. c) Der Rat bewilligt der zürcherischen Fürsorgestelle für Alkoholkranke vom Jahre 1914 an einen Jahresbeitrag von 1000 Fr. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrates für 1912.

29. März. Zum Mitglied des **Kleinen Stadtrates** wird ohne Gegenvorschlag mit 10,189 Stimmen Oberstleutnant Hans Kern gewählt.

29. März. Die demokratische Delegiertenversammlung hält mit 41 gegen 38 Stimmen an dem früher gefaßten Beschluß fest, Regierungsrat Dr. Stößel nicht mehr zu portieren. Als neuer Kandidat wird Nationalrat Ottiker (Bauma) aufgestellt. Mit Ausnahme Dr. Stößels sollen alle Regierungsräte wieder portiert werden.

30. März. Großer Stadtrat von Winterthur. a) Bewilligung eines Kredites von 22,000 Fr. für Erstellung einer Zufahrtsstraße zum Krematorium. b) Bewilligung verschiedener Nachtragskredite. c) Der Rat beschließt mit 24 gegen 13 Stimmen Eintreten auf die stadträtliche Vorlage auf Einführung der Polizeistunde.

1. April. In Winterthur tritt Kantonsrat U. Bretscher nach 15jähriger verdienstvoller Tätigkeit als Präsident des freisinnigen Gemeindevereins zurück. Nachfolger wird Rechtsanwalt Dr. Robert Corti.

4. April. **Großer Stadtrat.** a) Die Beratung des Geschäftsberichtes des Stadtrates für 1912 wird fortgesetzt und vollendet; der Geschäftsbericht wird genehmigt. Der Stadtrat wird eingeladen, über die Vermehrung der öffentlichen Bade- und Schwimmgelegenheiten während des Sommers sowohl als während des Winters, unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Erstellung eines Schwimmbades, Bericht und Antrag

einzubringen. Das Postulat betr. die Schaffung ständiger Verwaltungskommissionen für die städtischen Werke wird abgelehnt. b) Die Vorlage betr. Erstellung einer Geleisekurve an der Weinbergstraße wird genehmigt. c) Bewilligung eines Kredites von 60,000 Fr. für den Bau der Kraftstraße zwischen Kueser- und Hinterbergstraße.

5. April. Die kantonale demokratische Parteiversammlung in Winterthur beschließt mit 302 gegen 174 Stimmen entgegen dem Antrage des Zentralkomitees der Partei, Dr. Stößel wiederum als Regierungsrat zu portieren. Mit diesem Beschluß fällt ein Antrag Peter (Pfäffikon), für den Fall der Streichung Stößels auch den liberalen Regierungsrat Nägeli zu streichen, dahin. Die demokratische Partei empfiehlt somit die Wiederwahl der sämtlichen bisherigen sieben Regierungsratsmitglieder.

5. April. Die Gemeindeversammlung von Winterthur nimmt die folgenden vier Vorlagen an: 1. Maßnahmen bei der Ausführung von Bauten; 2. Schaffung neuer Stellen für den Betrieb der erweiterten Straßenbahn; 3. Neuorganisation der Stadtbibliothek; 4. Kreditbewilligung im Betrage von 22,000 Fr. für die Anlage einer Zufahrtsstraße zum Krematorium.

6. April. **Kantonsrat.** a) In der Schlußabstimmung wird das Einführungsgesetz zur Kranken- und Unfall-Versicherung mit 157 gegen 3 Stimmen angenommen. b) Das Gesetz über die Schiffahrt auf den zürcherischen Gewässern wird in der Schlußabstimmung angenommen. c) Die Vorlage betr. Staatsbeiträge an Veltheim und Töß wird von der Geschäftsliste abgesetzt, damit ergänzende Erhebungen gemacht werden können. d) Die Motion Bickel wird in der Form erheblich erklärt, daß der Regierungsrat darüber Bericht erstatten soll, in welcher Weise die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde Affoltern bei Zürich mit Hilfe des Staates gebessert werden können. e) Genehmigung der Vorlage betr. Schaffung einer selbständigen Bezirksanwaltschaft für den Bezirk Meilen.

7. April. Die vom freisinnigen Stadtverein veranstalteten Vorträge zur Besprechung der Ostalpenbahnfrage wurden mit einem öffentlichen Diskussionsabend abgeschlossen. Eine Resolution wird nicht gefaßt.

13. April. Die kantonale liberale Partei beschließt auf Antrag des Zentralkomitees, alle bisherigen Regierungsräte mit Ausnahme Stößels vorzuschlagen, also eine gebrochene Liste aufzustellen, und erteilt dem Zentralkomitee Vollmacht für allfällige Abwehrmaßregeln gegen eine Bekämpfung des Herrn Nägeli. Die Freisinnigen lehnen ausdrücklich jede Verantwortung für die Folgen einer Wiederwahl Stößels ab.

Mitte April: Herr Bühler-Jäggli schenkt der Primar- und Sekundarschule Kilchberg die Summe von 26,000 Fr., die erholungsbedürftigen Kindern den Besuch einer Ferienkolonie ermöglichen soll.

16. April. Die christlich-soziale Partei der Stadt Zürich beschließt, bei den Wahlen in den Kantonsrat keine eigenen Kandidaten aufzustellen, es aber den Kreisorganisationen zu überlassen, sich nach freiem Ermessen durch Unterstützung der bürgerlichen Parteien an den Wahlen zu beteiligen. In bezug auf die Regierungsratswahlen beschließt die Parteiversammlung, sämtliche sieben Regierungsräte wieder auf die Liste zu nehmen.

17. April. Eine Versammlung von Interessenten aus den Kantonen Zürich, Schwyz, St. Gallen, Glarus und Aargau beschließt die Gründung eines das ganze Einzugsgebiet der Linth und Limmat umfassenden wasserwirtschaftlichen Limmatverbandes.

18.—20. April: **Einweihung der neuen Hochschule.** a) Am Freitagabend Empfang der auswärtigen Gäste im Hotel Viktoria; Fackelzug der Studentenschaft, Ansprachen von Stadtpräsident Billeter, Reg.-Rat Dr. Mousson und Prof. Morf (Berlin). b) Am Samstag den 18. April, vormittags Einweihungsakt im Lichthof der neuen Hochschule; offizielle Reden von Regierungsrat Dr. Keller, namens der kantonalen Baudirektion, von Regierungsrat Dr. Locher, namens des Erziehungsrates, und von Rektor Dr. Egger, namens der Universität. An diese schließen sich an Ansprachen der Professoren Dr. Ritter Georg v. Mayer-München namens der deutschen und österreichischen Universitäten, Cotton-Paris namens der französischen Universitäten, Macan-Oxford namens der Universitäten von Oxford und Cambridge, der auch in deren Namen Adressen überreicht, Prof. Dr. Boßhard-Zürich namens der eidgenössischen technischen Hochschule und Prof. Dr. Egger namens

der schweizerischen Universitäten. Hierauf verkünden die verschiedenen Fakultäten die vorgenommenen Ehrenpromotionen. Die Eidgenössische Technische Hochschule verleiht die Würde eines Doktors der technischen Wissenschaften an Prof. Dr. Alfred Werner-Zürich und zum ersten Male die Würde eines Doktors der Naturwissenschaften an Prof. Dr. Arnold Lang-Zürich. Von den verschiedenen Fakultäten der Universität werden zu Ehrendoktoren ernannt: Dr. Conrad Escher-Zürich; Dr. Ulrich Stutz von Zürich, Professor in Bonn; Pfarrer Gottfried Traub in Dortmund; Adolf Pfleghard, Bezirksrichter in Zürich; Nationalrat Bertoni-Lugano; Kreisgerichtsrat Heinrich August Staffel in Leipzig, Hans Kaufmann, Landammann in Solothurn; Prof. Arnold Lang in Zürich; Regierungsrat Heinrich Ernst in Zürich; Prof. Dr. phil. Karl Hartwig an der Eidg. Technischen Hochschule in Zürich; Prof. Karl Moser aus Baden in Karlsruhe, der Erbauer des Universitätsgebäudes; Kapellmeister Volkmar Andreae-Zürich; Viktor van Berchem-Genf; Prof. Barbier-Genf; Stadttheater-Direktor Reucker in Zürich; Arnold Scherer, Präsident des Vereins zur Verbreitung guter Schriften, in Zürich; Alfred Tobler-Lutzenberg, der bekannte Sammler appenzellischer Volkslieder; Rudolf Ulrich-Zürich und Karl Weber-Sulzer in Winterthur. Prof. Cloetta macht Mitteilung von einer von Freunden der Universität errichteten Stiftung im Betrage von 400,000 Fr., welche besondere Untersuchungen an der Universität zu ihren Ehren und zum Nutzen der Allgemeinheit ermöglichen soll. Der Vortrag der von Adolf Frey gedichteten und von Dr. Friedrich Hegar komponierten Festkantate schließt nach 12 Uhr den Festakt. Während des Aktes bewegt sich ein großer, farbenreicher Studentenumzug durch die Straßen der Stadt.

Am Festbankett in der Tonhalle, an welchem etwa 800 Ehrengäste teilnehmen, halten Ansprachen Bundesrat Dr. Calonder, Kantonsratspräsident Dr. O. Wettstein, Stadtpräsident Billeter. Prof. Bürgi übergibt eine Adresse der Hochschule Bern, Prof. Rehfous eine solche von Genf, Prof. Perrier eine solche von Lausanne und Rektor Béguelin eine solche von Neuenburg. — Am Abend Festkommers der Studentenschaft, an dem cand. jur. Jul. Bührer, Rektor Dr. Egger, Prof. Karl Moser und andere sprechen.

c) Am Sonntag den 19. April, vormittags, zweite Aufführung der Festkantate und Festgottesdienst in der Fraumünsterkirche; Bankett der auswärtigen Gäste im Zunftsaal zur Schmieden, mit Ansprachen von Oberst Dr. U. Meister, Prof. Schultze, Freiburg i. Br., Prof. Vetter und Prof. Blümner. — Spazierfahrt auf dem Zürichsee und Festvorstellung im Stadttheater.

d) Am Montag den 20. April prachtvoller Sechseläutenumzug der zürcherischen Zünfte (Bilder aus der Geschichte des wissenschaftlichen Lebens vom ägyptischen und assyrisch-babylonischen Altertum bis zur Gegenwart herab). Damit schloß das dreitägige zürcherische Universitätsfest, das vom herrlichsten Wetter begünstigt war.

April. Die im letzten Monat in Zürich verstorbene Frau Bertha Steiger-Guyer setzte einer großen Zahl gemeinnütziger Vereine beträchtliche Legate aus.

23. April. Generaldirektion und ständige Kommission der Schweizerischen Bundesbahnen beantragen für den Umbau der linksufrigen Zürichseebahn das vorliegende Projekt 6, das dem Projekt 8 vom Jahre 1910 bedeutend überlegen sei, zu genehmigen und für dessen Ausführung einen Kredit von 20,600,000 Franken, zuzüglich 2,880,000 Fr. für Abschreibungen, zu bewilligen, wovon 3,400,000 Fr. durch die Subvention der Stadt Zürich gedeckt und 1,260,000 Fr. bereits ausgegeben sind. Dem mit der Stadt Zürich abgeschlossenen Vertrag sei die Genehmigung zu erteilen.

25. April. **Großer Stadtrat.** a) Der Rat faßt Beschluß in bezug auf die Führung substanzieller Protokolle des Großen Stadtrates. b) Der Rat beschließt die Erstellung einer Anlage zur Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak im Gaswerk (Kosten 197,000 Fr.). c) Der Rat beschließt den Beitritt zur neuen Gotthardvereinigung mit einem Jahresbeitrag von 5000 Fr. d) Genehmigung eines Kredites von 160,000 Fr. für Erstellung einer Scheune und eines Ökonomiegebäudes für die städtischen Liegenschaften im Limmattal. e) Bewilligung eines Kredites von 124,000 Fr. an die Kanalisation in Kilchberg.

26. April. **Regierungs- und Kantonsratswahlen.** Bei den Regierungsratswahlen werden die bisherigen Mitglieder mit den folgenden Zahlen bestätigt: Ernst 56,255, Keller 44,396, Locher 44,316, Lutz 44,027, Mousson 44,192, Nägeli 40,385,

Stößel 26,799. — Von den 221 Wahlen in den Kantonsrat kommen alle bis auf eine im ersten Wahlgange zustande. Es werden gewählt 96 Liberale, 2 Konservative, 70 Demokraten, 45 Sozialdemokraten, 2 Wilde (Bopp, Winkler) und 6 Kandidaten, deren Fraktionszugehörigkeit unklar ist. Die sozialdemokratische Fraktion ist um ein Mitglied stärker geworden; 32 Mitglieder treten neu in den Rat ein. — In Zürich III siegt die sozialistische über die bürgerliche Liste; in Zürich IV wird der sozialistische Angriff von den vereinigten bürgerlichen Parteien zurückgeschlagen. — In Winterthur siegt mit großer Mehrheit die bürgerliche Liste über die sozialdemokratische; in Wülflingen-Töß behaupten die Sozialisten die sämtlichen bisherigen Mandate. — Im Bezirk Zürich wird zum Mitglied der Bezirksschulpflege Dr. phil. Rübel, Zürich 7, gewählt. — Die Statthalterwahl im Bezirk Affoltern kommt nicht zustande. Bei einem absoluten Mehr von 1253 Stimmen erhalten Stimmen: Pfarrer Weidmann in Maschwanden 867, Gerichtssubstitut Karl Huber in Affoltern 765 und Kantonsrat Huber-Ringger in Hausen 721.

26. April. In der Kirchgemeinde Wipkingen wird der neugewählte zweite Geistliche, Pfarrer K. Goldschmid, in sein Amt eingesetzt.

27. April. Der Große Stadtrat von Winterthur verwirft die vom Stadtrat beantragte Einführung einer Polizeistunde in der Schlußabstimmung mit 19 gegen 17 Stimmen.

30. April. Zürichs ältester Bürger, Gustav Trümpler-Pestalozzi, Seidenfabrikant, in Stadelhofen-Zürich, feiert im 97. Lebensjahre seine eiserne Hochzeit.

Ende April. Prof. Dr. Eßlen nimmt einen Ruf an die Handelshochschule in Berlin an.

1. Mai. Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Bundesbahnen nimmt die Vorlage über den Umbau der linksufrigen Zürichseebahn einstimmig an.

3. Mai. In der Kirchgemeinde Enge wird der neugewählte Geistliche, Pfarrer Rud. Tobler, in sein Amt eingeführt.

3. Mai. Im Stadttheater Zürich erfolgt die Erstaufführung von Richard Wagners Jugendwerk „Die Feen".

9. Mai. **Großer Stadtrat.** a) Wahl des Bureaus: zum Präsidenten wird Prof. J. Spühler (dem.), zum ersten Vizepräsidenten Dr. H. Kurz (freis.), zum zweiten Vizepräsidenten Bezirksrichter Rieder (soz.) gewählt.

9. Mai. Die ordentliche Frühjahrsversammlung des Zürcher Hochschulvereins wählt als Präsidenten für die Jahre 1914/16 Redaktor Dr. Albert Meyer-von Orelli und wählt neu in den Vorstand Vizedirektor Dr. Bindschedler, Prof. Schwyzer, Prof. Silberschmid und Prof. Haffter. Acht Beitragsgesuchen für wissenschaftliche Zwecke der Universität und für wissenschaftliche Vereine wird entsprochen und hiefür ein Gesamtbetrag von 5320 Fr. bewilligt.

9. Mai. Die Zürcher Schulsynode bestätigt als Vertreter der Lehrerschaft im Erziehungsrat Seminardirektor Dr. Zollinger und Nationalrat Fritschi. Prof. Dr. Flückiger hält einen Vortrag über Geographie und Schule.

9. Mai. Einweihung der ersten Zürcher Walderholungsstätte an der Biberlinstraße in Zürich 8.

10. Mai. Auf der Frühjahrsabgeordnetenversammlung des Zürcher Landwirtschaftlichen Kantonalvereins in Pfäffikon spricht Prof. Moos über „Bauer und Jagdfrage", das Reviersystem zur Einführung empfehlend.

10. Mai. Die Gemeinde Rüti bewilligt für die Errichtung eines Gaswerkes einen Kredit von 550,000 Fr. (resp. 700,000 Fr.).

11. Mai. Großer Stadtrat von Winterthur. a) Wahl des Bureaus: zum Präsidenten wird Sekundarlehrer H. Meier, zum ersten Vizepräsidenten Dr. R. Corti und zum zweiten Vizepräsidenten Prof. P. Ostertag gewählt. b) Durchberatung des revidierten Regulativs betr. Abgabe von elektrischem Licht.

17. Mai. Bei den Nachwahlen der Stadt Zürich in den Kantonsrat wird im Kreis III bei einem absoluten Mehr von 1737 Stimmen der sozialistische Kandidat Demuth mit 1755 Stimmen gewählt. Der bürgerliche Gegenkandidat erhält 1697 Stimmen. Im Kreis 8 wird Rechtsanwalt Meier (bürgerlich) mit 914 Stimmen gewählt. — Im Bezirk Affoltern wird im zweiten Wahlgang für die Besetzung des Statthalteramtes Pfarrer Weidmann, Maschwanden, mit 1185 Stimmen gewählt. Auf Gemeindepräsident Huber-Ringger, Hausen, fallen 811, auf Gerichtssubstitut Karl Huber, Mettmenstetten, 773 Stimmen.

17. Mai. Wahlen in die Kirchensynode.

20. Mai ff. Die Unteroffiziersgesellschaft aller Waffen Zürichs feiert ihr 75jähriges Bestehen.

20. Mai. In Uster wird das 50jährige Amtsjubiläum des Oberforstmeisters Rüedi gefeiert.

21. Mai ff. Die Stadtbibliothek Zürich veranstaltet in der Zeit vom 21. Mai bis 4. Juni in der Helmhaus-Halle eine historische Ausstellung über die Zeit von 1798 bis 1815.

21. Mai. Konstituierung des Regierungsrates: Regierungspräsident ist für das Jahr 1914 Dr. Gustav Keller, Vizepräsident Dr. H. Ernst.

22. Mai. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, zu beschließen: I. Dem zwischen den Kantonen Aargau, Glarus, Zürich, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Schwyz, Appenzell A.-Rh. und Zug a) unter sich am 22. April 1914 abgeschlossenen Vertrage über die **Gründung der Gesellschaft der Nordostschweizerischen Kraftwerke A.-G.**; b) mit dem „Motor", Aktiengesellschaft für angewandte Elektrizität in Baden am 24. März 1914 abgeschlossenen Vertrage wird die Genehmigung erteilt und der Regierungsrat daher ermächtigt, 38% der Aktien der Kraftwerke Beznau-Löntsch A.-G. oder 13,680 Stück zum Kurse von 690 Fr. per Stück von nominell 500 Fr. Wert ab 1. Oktober 1914 zu erwerben. II. Der Regierungsrat hat von den von ihm erworbenen 38% = 13,680 Stück Aktien der Kraftwerke Beznau-Löntsch 20% = 7200 Stück an die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich zum Ankaufspreise abzutreten. III. Der Regierungsrat wird ermächtigt, die zum Vollzug dieses Beschlusses erforderlichen Geldmittel auf dem Anleihenswege zu beschaffen.

23. Mai. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Nachtragskredites von 53,150 Fr. für die Erstellung neuer Urnenfelder im neuen Krematorium. b) Die Kommissionsvorlage betr. Errichtung einer Arbeitslosenversicherung für die Stadt Zürich wird durchberaten und einstimmig genehmigt. Die Vorlage schließt sich enge an die Basler Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit an. Der städtischen Versicherungskasse kann jede seit mindestens sechs Monaten in der Stadt Zürich ununterbrochen niedergelassene unselbständige Person beitreten. Der wöchentliche Beitrag beträgt 15 bis 20 Cts.

24. Mai. Jahresversammlung der Antiquarischen Gesellschaft in Neuhausen-Schaffhausen.

25. Mai. **Kantonsrat.** a) Der Alterspräsident Oberst Dr. U. Meister eröffnet die neue Amtsperiode mit einer Rede. b) Wahl des Bureaus: zum Präsidenten wird Rechtsanwalt Dr. Ryf (lib.),

zum ersten Vizepräsidenten Nat.-Rat Ottiker (dem.), zum zweiten Vizepräsidenten Dr. Odinga (lib.) gewählt. Greulich (soz.) erhält 69 Stimmen. c) Wahl der Sekretäre (Statthalter Weidmann wird ersetzt durch Gerichtsschreiber Dr. Vollenweider), Stimmenzähler, der Mitglieder der Wahlaktenprüfungskommission und der Kommission zur Vorberatung der Vorlage des Regierungsrates über die Beteiligung des Kantons Zürich beim Erwerb der Kraftwerke Beznau-Löntsch und über die Erhöhung des Grundkapitals der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich.

25. Mai. Großer Stadtrat von Winterthur. a) Bewilligung eines Kredites von 10,000 Fr. für Erstellung von Bereitschaftsstallungen. b) Beratung der städtischen Rechnungen pro 1913.

26. Mai. Trauerfeier für Musikdirektor Dr. Attenhofer. Ansprachen von Prof. Dr. A. Meyer, Sekundarlehrer R. Thomann, Rektor v. Wyß und Dr. Hämig.

28. Mai. Die Vorstände (Zentral- und Kreisvorstände) der sämtlichen politischen Parteien der Stadt Zürich, der Gemeinnützigen Gesellschaft, der Neuen Helvetischen Gesellschaft usw. bildeten eine Organisation mit dem Zwecke, der Frage der Überfremdung näher zu treten. In einer öffentlichen Versammlung halten Stadtschreiber Dr. Bollinger und Dr. C. A. Schmid, die bekannten Vorkämpfer in dieser wichtigen Landesfrage, Vorträge.

28. Mai. Die Zürcher Kunstgesellschaft ernennt in ihrer Generalversammlung zu Ehrenmitgliedern Leonhard Steiner und Richard Kißling.

29. Mai. Der Regierungsrat erklärt in Wiedererwägung seines Beschlusses vom 18. Juli 1913 den Beitritt des Kantons Zürich zu dem interkantonalen Abkommen über die Ausweisung gerichtlich bestrafter Ausländer vom 1. Juni 1913.

29. Mai. Einweihung des neuen Salonbootes der Zürcher Dampfbootgesellschaft „Stadt Rapperswil".

Mai. Die Erben des Herrn Sulzer-Ziegler sel. haben der Genossenschaft für das offene Schwimmbad in Winterthur ein seinerzeit vom Verstorbenen diesem Unternehmen vorgestrecktes Kapital von 100,000 Fr. als Schenkung überwiesen.

6. Juni. Eröffnung der Schweiz. Arbeiter-Dilettanten-Kunstausstellung im Zürcher Kunsthaus.

7. Juni. Der kantonale liberale Parteitag in Pfäffikon spricht sich nach Referaten von Regierungspräsident Dr. G. Keller, Nationalrat Dr. W. Bissegger und Kulturingenieur J. Girsberger einstimmig für die Erweiterung der Heil- und Pflegeanstalten, die Errichtung der Zentralbibliothek in Zürich und das Gesetz betr. Regelung der Schiffahrt auf den zürcherischen Gewässern aus.

8. Juni. **Kantonsrat.** a) Validierung sämtlicher Kantonsratswahlen. b) Eine Petition der zürcherischen Naturheilvereine betr. Errichtung einer Abteilung für physikalische Heilmethode an den kantonalen Krankenanstalten wird dem Regierungsrate zur wohlwollenden Prüfung überwiesen. c) Wahl der Bankkommission und des Bankrates, der Staatsrechnungsprüfungskommission, des Kirchen- und Erziehungsrates usw.

11. Juni. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat zu Handen der Gemeinde, ihn zu ermächtigen, der Sihltalbahngesellschaft an den Umbau der Sihltalbahn im Gebiete der Stadt Zürich einen Betrag von 500,000 Fr. zu leisten, Prioritätsaktien der Sihltalbahngesellschaft im Betrage von 1,200,000 Fr. zu übernehmen und hievon 700,000 Fr. abzuschreiben.

12. Juni. Die kantonale Justiz- und Polizeidirektion verbietet den Weiterbetrieb der in hiesigen Caféhäusern, Wirtschaften und Hotels aufgestellten Glücksspielapparate.

14. Juni. Erster Tag des Seesängerfestes in Enge. Zweiter Tag: 21. Juni.

15.—18. Juni: VIII. allschlaraffisches Konzil in Zürich. 1500 Teilnehmer.

5. Juni. Der Große Stadtrat von Winterthur beendigt die Beratung der Rechnungen pro 1912 und genehmigt sie. — Für die Erstellung einer Fernheizungsanlage (für das Museum und das Primarschulgebäude) wird ein Kredit von 72,000 Fr. bewilligt.

18. Juni. Lohnbewegung im Bäckergewerbe in Zürich.

19. Juni. Die Firma Gebrüder Sulzer in Winterthur wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Grundkapital ist auf 24 Millionen Fr. festgesetzt.

20. Juni. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 1500 Fr. für ein Kommissionsgutachten für die Umformerstation im Selnau. b) Die Abrechnung über den Amtshausbau

Wiedikon (Kreditüberschreitung von 41,414 Fr.) wird genehmigt. c) Besichtigung des neuen Seewasserwerkes, insbesondere des Pumpwerkes im Horn und der Filteranlage im Moos.

21.—23. Juni. IX. Tagung deutscher Berufsvormünder in Zürich.

21. Juni. Die kantonale demokratische Parteiversammlung in Winterthur beschließt nach Referaten von Regierungsrat Lutz, Stadtbibliothekar Dr. Escher, Kantonsbibliothekar Dr. Weber und Dr. Wullschleger einstimmig, die kantonalen Referendumsvorlagen über Erweiterungsbauten am Frauenspital, am Kantonsspital Winterthur und der Pflegeanstalt Rheinau, über die Errichtung einer Zentralbibliothek und das Schiffahrtsgesetz zur Annahme zu empfehlen.

21. Juni. Die freisinnige Delegiertenversammlung des Bezirkes Zürich beschließt, an Stelle des verstorbenen Herrn Oechsli den Architekten Angst-Frey in den Bezirksrat zu portieren. Der demokratischen Kandidatur von Prof. Aeppli für die Bezirksschulpflege wird zugestimmt. — Die Annahme der kantonalen Referendumsvorlagen wird empfohlen.

24. Juni. Eine stark besuchte Versammlung des Zürcher Ingenieur- und Architektenvereins nimmt nach einem Referat von Architekt Pfleghard in Sachen des Umbaues der linksufrigen Zürichseebahn folgende Resolution an: 1. Bei der Verlegung der Hauptbahn wird mit Genugtuung festgestellt, daß die vom Verein fortwährend betonten Gründe endlich zum Verzicht auf das Bederstraßenprojekt geführt haben. Der Verein stimmt daher für die Hauptbahn gerne dem Vertragsprojekt 1913 zu, immerhin wird auf einige Verbesserungsmöglichkeiten hingewiesen. 2. Trotzdem die Einführung der Sihltalbahn in den Bahnhof Enge in verkehrstechnischer Hinsicht etwas Bestechendes hat, muß dieselbe doch abgelehnt werden, weil der Selnaubahnhof ebenso günstig liegt, und weil im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Stadt die spätere Weiterführung der Sihltalbahn nicht verhindert werden soll; überdies führt der Anschluß in Enge zu Kosten, welche in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Bahn stehen, und zu großen ästhetischen und betriebstechnischen Nachteilen. Der Anschluß in Enge ist auch deshalb abzulehnen. Der erste Teil der Resolution wird beinahe einstimmig angenommen, der zweite Teil mit 34 Ja gegen 22 Nein.

24. Juni. **Kirchensynode.** a) Wahl des Bureaus: zum Präsidenten wird Prof. Reinhold Heß, zum Vizepräsidenten Kirchenrat A. Tappolet gewählt. b) Wahl verschiedener Kommissionen und des Kirchenrates. c) Beratung des kirchlichen Frauenstimmrechtes. Der Kirchenrat hat nun die Aufgabe, der Synode auf die nächste Wintersession einen bestimmten Antrag vorzulegen.

24. Juni. Die Gemeinnützige Gesellschaft des Kantons Zürich hört auf ihrer Sommertagung in Zürich ein Referat von Gesundheitssekretär Schatzmann über „Die Wohnungsnot in Zürich und die staatliche und kommunale Wohnungsfürsorge".

27. Juni. In Zürich konstituiert sich eine Sektion Zürich der Schweiz. liberal-demokratischen Partei.

28. Juni. In der **kantonalen Volksabstimmung** werden die Baukredite für die Krankenhäuser und die Zentralbibliothek mit 32,056 gegen 13,835 Stimmen, das Gesetz betr. die Regelung der Schiffahrt auf den zürcherischen Gewässern mit 34,589 gegen 12,720 Stimmen angenommen. — Zum Mitglied des Bezirksrates Zürich wird mit 6660 Stimmen Architekt Angst-Frey gewählt. — Die Gemeindeversammlung von Winterthur genehmigt die Fernheizungsanlage und die Rechnungen.

28. Juni. Winterthurer Flugtag. Flüge von Wanneck.

29. Juni ff. **Kantonsrat.** a) Beratung der Beteiligung des Kantons Zürich beim Erwerb der Kraftwerke Beznau-Löntsch und der Erhöhung des Grundkapitals der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich. Kommissionspräsident Dr. O. Wettstein begründet den Antrag auf Genehmigung der Vorlage. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, den definitiven Beschluß des Kantonsrates auf eine spätere Sitzung zu verschieben und den Beschluß der Volksabstimmung zu unterbreiten. Redakteur Wehrlin erklärt sich namens der liberalen Fraktion gegen den Ordnungsantrag. Am 30. Juni spricht Dr. Rüegg namens der demokratischen Fraktion für die Vorlage, welche Regierungspräsident Keller gegen die erhobenen Bedenken einläßlich verteidigt. Am 6. Juli wird die Beratung fortgesetzt. Der Rat beschließt mit 152 gegen 33 Stimmen Eintreten auf die Vorlage, die durchberaten und in der Schlußabstimmung einstimmig angenommen wird. — Wegen des

Todes des Kantonsratspräsidenten Dr. Ryf wird die Sitzung im Zeichen der Trauer aufgenommen.

1. Juli. Zum 100jährigen Jubiläum gibt die Buchdruckerei „Berichthaus" eine 140 Seiten umfassende Sondernummer des „Tagblatt der Stadt Zürich" heraus, die neben der üblichen Menge von Inseraten der bedeutendsten hiesigen Firmen als Textteil einen Überblick über die politische und kulturelle Entwicklung Zürichs im Jahrhundert 1814—1914 enthält. Ohne Ausnahme sind diese Kapitel der von Redakteur S. Zurlinden verfaßten Erinnerungsschrift entnommen, deren erster Band bereits erschienen ist.

2. Juli. Dr. Friedrich Hegar, der dem Konservatorium für Musik in Zürich seit dessen Gründung im Jahre 1875 als erster Direktor vorgestanden hat, ist von dieser Stellung zurückgetreten, nachdem Dr. Attenhofer, der sich als zweiter Direktor mit ihm in die Leitung der Anstalt gemeinsam geteilt hatte, gestorben ist. Als neuer Direktor des Konservatoriums ist Dr. Volkmar Andreae in Zürich gewählt worden.

4. Juli. **Großer Stadtrat.** Der Rat beginnt mit der Beratung der Vorlage betr. Umbau der linksufrigen Zürichseebahn.

5. Juli. Ausbruch eines partiellen Chauffeurstreikes in Zürich.

6. Juli. Auf das Kreisschreiben, welches diesen Frühling die Finanzdirektion an die Gemeinderäte und landwirtschaftlichen Bezirksverbände mit der Anfrage richtete, ob im Kanton Zürich für die Jagd das Patentsystem beizubehalten oder ob das Gemeindepachtsystem einzuführen sei, sind 131 Antworten zugunsten des neuen Gemeindepachtsystems und 49 für das bisherige System eingelaufen. Insbesondere die landwirtschaftlichen Vereine befürworten in ihrer Mehrzahl die Gemeindepacht, mit ihnen auch die Jagdvereine.

6. Juli. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt das revidierte Regulativ betr. die Abgabe von elektrischem Strom. — Durchberatung und Annahme der Friedhofordnung.

6. Juli. Gluck-Feier des Lesezirkels Hottingen.

6. Juli. **Kantonsrat.** a) Vizepräsident Ottiker widmet dem verstorbenen Kantonsratspräsidenten Dr. Johannes Ryf einen Nachruf. b) Regierungspräsident Dr. Keller teilt den Hinschied von Regierungsrat Dr. A. Locher mit. c) Weiterberatung der Beteiligung des Kantons Zürich am Rückkauf der Beznau-Löntschwerke.

8. Juli. Trauerfeier für Regierungsrat Dr. A. Locher. Reden von Regierungspräsident Dr. G. Keller, Ständerat H. Scherrer, Prof. Dr. Vetter und Redakteur Dr. O. Wettstein.

8. Juli. **Großer Stadtrat.** Der Rat beschließt nach langen Debatten mit 93 Stimmen Eintreten auf die Vorlage betr. Umbau der linksufrigen Seebahn und stimmt dem modifizierten Beschlußentwurf in der Schlußabstimmung zu.

Juli. Die Gemeindegutsrechnung der Stadt Zürich für 1913 zeigt im ordentlichen Verkehr bei 24,835,035 Fr. Einnahmen und 24,495,656 Fr. Ausgaben einen Vorschlag von 339,378 Franken, gegenüber dem Voranschlag eine Besserstellung um 1,126,374 Fr. und mit Einschluß der Nachtragskredite eine solche um 1,495,774 Fr.

11. Juli. **Großer Stadtrat.** a) Genehmigung der Bau- und Niveaulinien zum Bebauungsplan Mösli und Butzen. b) Genehmigung von Landankäufen im Limmattale und am Käferberg um nahezu eine halbe Million. c) Die Schaffung der Stelle eines fünften Amtsvormundes wird beschlossen. d) Der Rat lehnt nach lebhafter Diskussion mit 48 gegen 39 Stimmen den Antrag des Stadtrates ab, dem schweizerischen Arbeitersekretariat bis auf weiteres zur Bestreitung der Bureaumiete einen jährlichen Beitrag von 3300 Fr. zu bewilligen. — Der Stadtrat wählt zum zweiten Schulsekretär Dr. phil. E. Meyer von Ermatingen.

11.—13. Juli. Kantonalturnfest in Unterstraß. Von 106 konkurrierenden Sektionen erhalten 95 Lorbeerkränze.

18. Juli. Der Lebensmittelverein Zürich nimmt in seiner Generalversammlung neue Statuten an, durch welche u. a. die Generalversammlung durch einen Genossenschaftsrat ersetzt wird.

19. Juli. In der **Gemeindeabstimmung der Stadt Zürich** wird die Vorlage über die Einführung der Arbeitslosenversicherung mit 13,413 gegen 3525 Stimmen angenommen. — Die Gemeindeversammlung von Winterthur nimmt den Kredit für die Rieterstraße und die neue Friedhofordnung an.

22. Juli. Stadtforstmeister Dr. U. Meister tritt nach fast vierzigjähriger überaus verdienstvoller Betätigung auf Ende des Jahres von seinem Amte als Stadtforstmeister zurück.

23. Juli. Der Regierungsrat wählt als ordentlichen Professor für Nationalökonomie an der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich Dr. jur. Eugen Großmann von Höngg.

24. Juli. Der Parteivorstand der kantonalen freisinnigen Partei beschließt in bezug auf die Ersatzwahl in den Regierungsrat, der Parteiversammlung die Unterstützung der von der demokratischen Partei aufgestellten Kandidatur von Dr. O. Wettstein zu empfehlen.

25. Juli. Die akademische Welt Zürichs feiert den 70. Geburtstag von Professor Hugo Blümner, des Philologen und Archäologen der Zürcher Hochschule.

31. Juli. Der Stadtrat richtet an die Bevölkerung einen Aufruf, in welchem er sich gegen die unnütze Aufstapelung von Geld und Lebensmitteln wendet.

31. Juli. Die kantonale Polizeidirektion erläßt in Anbetracht der ernsten politischen Lage und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ein Verbot der öffentlichen Aufzüge und Straßendemonstrationen.

1. Aug. Der Regierungsrat erläßt eine patriotische Proklamation an das Volk. — Die Stadt Zürich steht im Zeichen der **Mobilisation.** Platzkommandant ist Oberst Reiser. Nachmittags 2 Uhr rückt das Landsturmbataillon 58 sowie Komp. 57/I auf dem Kasernenplatz ein. Auf dem Hauptbahnhof herrscht ein gewaltiger Verkehr. Die Augustfeiern werden überall abgesagt. In Winterthur rückt das Landsturmbataillon 54 ein. — Der Regierungsrat hält eine Sitzung ab, zu welcher Vertreter der Städte Zürich und Winterthur und anderer, größerer Ortschaften eingeladen waren. Es wird eine neungliedrige ständige Kommission für die Lebensmittelvorsorge ernannt.

3. Aug. Am ersten Mobilmachungstag rücken gegen 20,000 Mann an zwanzig verschiedenen Sammelplätzen in Zürich ein. Die Mobilmachung der Truppen vollzieht sich ruhig in Zürich. Am 5. August werden die Truppen vereidigt. — Der Regierungsrat beschließt, vom 3. bis 31. August Rechtsstillstand eintreten zu lassen. — Die Vertreter aller italienischen Vereine in Zürich richten an den italienischen Minister des Auswärtigen die Bitte, die Ausfuhr von Lebensmitteln nach der Schweiz wieder gestatten zu wollen.

7. Aug. Die Schüler der obern Klassen des Winterthurer Gymnasiums sind für den Hilfsdienst bei den von Arbeitskräften entblößten Landwirten der umgebenden Gemeinden organisiert worden.

11. Aug. Der Regierungsrat beschließt, im Gebiete des Kantons Zürich alle Wirtschaften, mit Einschluß der Hotelrestaurants, bis auf weiteres punkt 11 Uhr nachts zu schließen.

18. Aug. Der Vorstand der freisinnigen Stadtvereinigung beschließt, an Stelle des zurückgetretenen Stadtrat Schneebeli Herrn Kantonsrat Dr. Streuli, kantonalen Handelsregisterführer, als Kandidaten der Freisinnigen zu portieren.

18. Aug. Der leitende Ausschuß der liberalen Partei beschließt, von einer Parteiversammlung zur Vorbesprechung der Regierungsratswahl abzusehen und sich mit dem vom Zentralvorstand bereits getroffenen Beschlusse zu begnügen, der die Unterstützung des demokratischen Kandidaten Dr. O. Wettstein vorsieht.

19. Aug. Das neue Schulhaus am Hasenbühl in Uster wird dem Betrieb übergeben.

23. Aug. Die demokratische Parteiversammlung in Zürich beschließt nach einem Referat von Nat.-Rat Hörni einstimmig, als Kandidaten für die Ersatzwahl in den Regierungsrat Redaktor Dr. O. Wettstein aufzustellen.

28. Aug. Die freisinnige Wählerversammlung der Stadt stimmt mit allen gegen eine Stimme dem Antrag des Vorstandes und des Komitees der Vertrauensmännerversammlung bei, den Wählern Dr. A. Streuli, Handelsregisterführer, zur Wahl in den Stadtrat zu empfehlen.

1. Sept. Eine Wirteversammlung nimmt einstimmig eine Resolution an, durch welche ein Eingreifen des Staates zugunsten des Wirtestandes mit Rücksicht auf die gegenwärtige Krisis verlangt wird.

2. Sept. Der freisinnige Kreisverein Zürich-Altstadt bezeichnet als Kandidaten für den Kantonsrat im 1. Stadtkreis Baumeister Gustav Kruck und Prof. Dr. Paul Rütsche, Lehrer an der kantonalen Handelsschule.

5. Sept. **Großer Stadtrat.** Die Notstandsinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion, welche Gschwend begründet, wird von Stadtpräsident Billeter beantwortet. Es findet eine Diskussion statt. Der Rat stimmt einem Antrag Dolder auf Verzicht auf das Taggeld zugunsten der Notleidenden zu.

6. Sept. In der **kantonalen Volksabstimmung** wird Redaktor Dr. O. Wettstein mit 28,783 Stimmen zum Mitglied des Regierungsrates gewählt. — In der Stadt Zürich wird Dr. Adolf Streuli mit 7910 Stimmen zum Mitglied des Stadtrates gewählt. — Im Kreis Zürich-Altstadt werden

bei einem absoluten Mehr von 487 Stimmen als Mitglieder des Kantonsrates gewählt Baumeister Kruck mit 984 und Prof. Rütsche mit 921 Stimmen. — Als Bezirksschulpfleger wird Ingenieur Hall gewählt.

Sept. Im Großen Stadtrat werden Dr. O. Wettstein und Dr. A. Streuli ersetzt durch Primarlehrer Gustav Aeppli und Kaufmann Robert Baumann.

10. Sept. Das Zentralkomitee der Zünfte Zürichs stellt dem Stadtrat zur Linderung der Kriegsnotlage einen Betrag von 3000 Fr. zur Verfügung. — Für besondere künstlerische Ausschmückung des neuen Krematoriums schenkt der Feuerbestattungsverein Zürich dem Stadtrat 10,000 Fr.

11. Sept. Stadtrat Dr. Streuli wird als Vorstand des Steuerwesens und als Stellvertreter des Finanzvorstandes bezeichnet.

14. Sept. f. **Kantonsrat.** a) Wahl des Bureau: als Präsident wird Nat.-Rat Ottiker, als erster Vizepräsident Nat.-Rat Dr. Odinga, als zweiter Vizepräsident Nat.-Rat Greulich gewählt. b) Regierungsrat Dr. Wettstein wird in Pflicht genommen. c) Die Motion Graf betr. Abänderung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch („Die Mitgliedschaften mit Teilrechten können als selbständige und dauernde Rechte im Sinne des Art. 655, Ziff. 2 des Zivilgesetzbuches ins Grundbuch aufgenommen werden") wird erheblich erklärt. d) Der Regierungsrat macht Mitteilung von seiner Neukonstituierung; der neugewählte Regierungsrat Dr. Wettstein übernimmt die Justiz und Polizei (nebst Militär), der bisherige Justizdirektor Dr. Mousson das durch den Hinschied von Dr. Locher verwaiste Erziehungsdepartement. e) Der Rat nimmt den Bericht des Regierungsrates über die getroffenen Ausnahmemaßnahmen entgegen. Diskussion über den Bericht am 14. und 15. September. Mit großer Mehrheit wird der Antrag des Regierungsrates angenommen, es sei für die Ausrichtung von Unterstützungen durch die Gemeinden an die Familien von Wehrmännern und von außerordentlichen Unterstützungen an andere bedürftige Familien während der Dauer der Kriegszeit der kantonale gemeinnützige Hilfsfonds in Anspruch zu nehmen. f) Die Schaffung der Stelle eines Kantonstierarztes wird beschlossen. g) Annahme des Projektes für die Korrektion der Reppisch. h) Der Rat beschließt, für 1915 auf die Erhebung eines Beitrages für den Rebfonds zu verzichten.

14. Sept. Im Großen Stadtrat von Winterthur kommt die Notstand-Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Beratung, welche Prof. Dr. Schenkel begründet und Stadtpräsident Dr. Streuli beantwortet. Am 21. September erteilt Stadtrat Isler Auskunft über die Tätigkeit der Behörde nach der Mobilisation, was die städtischen Bauarbeiten anbelangt, und Dr. Huber berichtet über die Beschaffung der finanziellen Mittel. Die Interpellanten erklären sich befriedigt. Ein Kredit von 10,000 Fr. wird bewilligt.

15. Sept. Dr. O. Wettstein verabschiedet sich von den Lesern der „Züricher Post". Die Leitung des Verlages der „Züricher Post" übernimmt Max Schoop. Die Leitung des politischen Teiles übernehmen die Redakteure Horner und Schurter.

17. Sept. Der Regierungsrat wählt zum Kantonstierarzt Dr. Hans Bär, Tierarzt in Winterthur.

25. Sept. Der Verein der Zürcher Presse wählt an Stelle des verstorbenen Fritz Marti zum Präsidenten Redakteur Ernst Rietmann von der „N. Z. Z.".

29. Sept. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt den Geschäftsbericht.

2. Okt. Der Polizeivorstand der Stadt Zürich verbietet die Schaufensterauslage und den Verkauf von Ansichtskarten und Kriegsbildern und Karikaturen, deren Inhalt geeignet ist, eine oder mehrere der im gegenwärtigen Völkerkriege beteiligten Nationen zu beschimpfen oder zu verhöhnen.

3. Okt. Die Erziehungsdirektion des Kantons Zürich macht in einem Kreisschreiben an alle Schulpflegen sowie an die Lehrerschaft der Volksschulen auf die bedenklichen Folgen aufmerksam, welche die Besprechung der Zeitereignisse im Schulunterricht nach sich ziehen könnte. Sie ermahnt die Lehrer zu größter Objektivität im Interesse der unserm Lande zur Pflicht gemachten politischen Neutralität.

3. Okt. **Großer Stadtrat.** a) Der freiwilligen und Einwohnerarmenpflege wird für Kriegsunterstützungen im September ein außerordentlicher Beitrag von 120,000 Fr. bewilligt. b) Bewilligung eines Kredites von 200,000 Fr. für die Korrektion der Schaffhauserstraße. c) Bewilligung eines Kredites von 72,000 Fr. für Herstellung der Villa auf der Waid. d) Der Gaslieferungsvertrag mit den Ausgemeinden Schwamendingen, Wallisellen und Dübendorf wird genehmigt und ein Kredit von 90,000 Fr. bewilligt. e) Die Schaffung einer Ad-

junktenstelle beim Kinderfürsorgeamt wird bewilligt. f) Bewilligung der Nachtragskredite für 1914, I. Reihe. g) Bewilligung eines Kredites von 43,800 Fr. für Erstellung einer Zentralheizung und eines Schulbades sowie für die Ausführung weiterer baulicher Arbeiten im Schulhause an der Freien Straße. — Die bürgerliche Abteilung bewilligt die Nachtragskredite für 1914, I. Reihe, im Betrage von 7600 Fr. und gewährt einen Kredit von 8000 Fr. für Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Bürgerasyl.

4. Okt. Die kantonale demokratische Parteiversammlung in Pfäffikon beschließt einstimmig, für den durch den Hinschied von Regierungsrat Dr. Locher erledigten Ständeratssitz Regierungsrat Dr. O. Wettstein vorzuschlagen und den Vertreter der Liberalen Dr. P. Usteri ebenfalls auf die Liste zu nehmen. Über die Einführung eines eidgenössischen Verwaltungsgerichtshofes referiert Nationalrat Prof. Dr. Zürcher, über die durch die Kriegswirren im Kanton Zürich geschaffene Lage Regierungsrat Lutz.

4. Okt. Einweihung des neuen Friedhofes in Winterthur.

8. Okt. Der Regierungsrat beschließt, den Gemeinden das Recht zu geben, von sich aus die Polizeistunde von 11 auf 12 Uhr anzusetzen.

9. Okt. Der Regierungsrat wählt als Mitglied des Verwaltungsrates der Schweizerischen Bundesbahnen: alt Regierungsrat C. Bleuler-Hüni (Zürich); als Mitglieder des Kreiseisenbahnrates III (Zürich) der Schweizerischen Bundesbahnen: Regierungsrat H. Nägeli (Zürich), Nationalrat H. Heß (Wald), Nationalrat J. Rud. Amsler (Meilen) und Stadtpräsident Rob. Billeter (Zürich); als Mitglieder des Kreiseisenbahnrates IV (St. Gallen) der Schweizerischen Bundesbahnen: Regierungsrat Dr. J. Stößel (Zürich), Nationalrat Kd. Hörni (Unterstammheim) und Friedensrichter S. Werner (Winterthur).

10. Okt. Der Stadtrat von Zürich beschließt, die Polizeistunde von heute an auf 12 Uhr hinauszuschieben.

12. Okt. Der freisinnige Kreisverein stellt als Kandidaten für den Kantonsrat Dr. Kunz-Ryf auf.

16. Okt. Der Regierungsrat hebt das Waffenverbot wieder auf. — Nach fast 25jähriger Tätigkeit erklärt Redakteur S. Zurlinden seinen Rücktritt als Redaktor der „Zürcher Freitags-Zeitung“.

Mitte Okt. Zwischen den kantonalen Parteien kommt in bezug auf die Nationalratswahlen eine Vereinbarung zustande, nach welcher im ersten eidgenössischen Wahlkreis nur eine bürgerliche, im zweiten eidgenössischen Wahlkreis nur eine sozialdemokratische Liste erscheinen soll. Auch die Sozialdemokraten des fünften Wahlkreises, die anfänglich Ed. Schäubli aufgestellt hatten, lassen diese Kandidatur fallen und schließen sich der Vereinbarung an.

Mitte Okt. Pfarrer Wild in Mönchaltorf tritt zurück, um sich in Zürich ganz der gemeinnützigen Tätigkeit zu widmen.

25. Okt. **National- und Ständeratswahlen.** Als Nationalräte werden wiedergewählt: 1. Wahlkreis: Billeter (freis.) 9147, Bisseger (freis.) 8914, Frey (freis.) 9021, Fritschi (dem.) 8763, Lutz (dem.) 8796, Schmid (freis.) 8781, Zürcher (dem.) 8843 Stimmen. — 2. Wahlkreis: Greulich (soz.) 5197, Grimm (soz.) 4952, Pflüger (soz.) 5034, Seidel (soz.) 5061, Sigg (soz.) 4945 Stimmen. — 3. Wahlkreis (Bezirke Horgen, Meilen und Hinwil): Amsler (freis.), 7886, Heß (dem.) 7776, Koller (freis.) 7740, Odinga (freis.) 7734, Rellstab (freis.) 7575 Stimmen. — 4. Wahlkreis (Bezirke Uster, Pfäffikon und Winterthur): Gujer (freis.) 8208, Ottiker (dem.) 8507, Schenkel (soz.) 8715, Sträuli (dem.) 8763, Studer (soz.) 9145 Stimmen. — 5. Wahlkreis (Bezirke Andelfingen, Bülach und Dielsdorf): Hörni (dem.) 4491, Ringger (dem.) 4382, Walder (dem.) 4389 Stimmen. — Als Ständeräte werden gewählt: Dr. P. Usteri (bish.) mit 32,312 und Dr. O. Wettstein (neu) mit 30,362 Stimmen.

25. Okt. Der Kantonalvorstand der Krankenkassen des Kantons Zürich beschließt in seiner Delegiertenversammlung in Bülach einstimmig, dem schweizerischen Konkordat für Freizügigkeit wieder beizutreten.

2. Nov. Der Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Kantons Zürich auf das Jahr 1915 sieht an Einnahmen 32,644,103 Fr., an Ausgaben 34,559,058 Fr., somit ein Defizit von 1,914,955 Fr. gegenüber 1,407,070 Fr. der ursprünglichen Vorlage vor.

2. Nov. Der Regierungsrat beschließt, dem eidgenössischen Eisenbahndepartement die Gutheißung des Vertrages zwischen der Stadt Zürich und den Bundesbahnen über den Umbau der linksufrigen Zürichseebahn zu empfehlen, immerhin in der Meinung, daß, sofern dabei kein weiterer Zeitverlust eintrete,

die Vorschläge des Ingenieur- und Architektenvereins zur Einführung der Sihltalbahn noch näher geprüft werden sollen.

5. Nov. Eine Versammlung in Zürich beschließt, die Organisation und Durchführung der Hilfsstation für die belgischen Flüchtlinge in die Hand zu nehmen.

7. Nov. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 15,600 Fr. für die Korrektion der Krattenturmstraße. b) Dem Stadtrat wird auf Rechnung der Straßenbahn ein Kredit von 150,000 Fr. zum Zwecke des Umbaues der Leitungsanlagen und der Motorwagen für die Stromabnahme durch Bügel bewilligt. Die Ausführung des Umbaues hat in den Jahren 1914 bis und mit 1916 zu erfolgen. c) Bewilligung eines Nachtragskredites von 30,000 Fr. für die Schülerspeisung. d) Der Rat beschließt, die Einführung der Arbeitslosenversicherung bis zum Eintritt normaler Verhältnisse zu verschieben, spätestens auf den Zeitpunkt der Einstellung der Kriegsnotunterstützung. e) Die Abrechnung über den Bau des Straßenbahndepots im Hard wird genehmigt.

9. Nov. f. **Kantonsrat.** a) Am 9. November Genehmigung des Vertrages mit der Armen- und Korrektionsanstalt Kappel über Versorgung von Personen in der Korrektionsabteilung. b) Genehmigung eines Kredites von 3000 Fr. für Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Dachboden der Kaserne. c) Genehmigung der neuen Verordnung zum Fischereigesetz. d) Der Antrag des Regierungsrates, die bisherigen Staatsbeiträge von 10,000 Fr. und 5000 Fr. an die Schulgemeinden Veltheim und Töß bis zur definitiven Regelung der Winterthurer Vorortsfrage weiter zu bewilligen unter der Bedingung, daß auch die Stadt Winterthur den beiden Gemeinden die bisherige Subvention weiter ausrichte, wird mit großer Mehrheit angenommen; der Ablehnungsantrag der Kommissionsminderheit erhält 38 Stimmen. e) Am 10. November Genehmigung des Geschäftsberichtes der Kantonalbank für 1913. f) Behandlung der Vorlage über die Besoldung der im aktiven Militärdienst stehenden Beamten und Angestellten der Kantons- und Bezirksverwaltung und der Gerichte mit Einschluß der Lehrer und Geistlichen. Nach zweistündiger Debatte beschließt der Rat: 1. Ledige Beamte und Angestellte im aktiven Militärdienst erhalten vom 1. Oktober 1914 ab während der ganzen Dauer ihres Militärdienstes die Hälfte, verheiratete Beamte und An-

gestellte drei Viertel ihrer staatlichen Besoldung. Leutnants, Oberleutnants und Hauptleuten wird der vorgenannte Abzug um 10 %, für höhere Offiziere um 20 % der Besoldung vermehrt. Beiträge, welche Beamte und Angestellte an die Hilfsaktionen der Beamten, Lehrer und Geistlichen leisten, dürfen in Abrechnung gebracht werden. 2. Für jedes Kind unter 16 Jahren und für jede arbeitsunfähige Person, für deren Lebensunterhalt ein im Militärdienst stehender Beamter oder Angestellter zu sorgen hat, wird der vorgenannte Abzug um 10 % dieses Abzuges, im ganzen jedoch höchstens um 50 % vermindert. 3. Dieser Beschluß tritt sofort und rückwirkend auf den 1. Oktober 1914 in Kraft.

9. Nov. f. Verschiedene politische Parteiversammlungen sprechen sich mit großer Mehrheit für die Vorlage betr. Genehmigung des Vertrages zwischen der Stadt Zürich und den Bundesbahnen über den Umbau der linksufrigen Zürichseebahn (Verlegung der Station Enge usw.) aus. In letzter Stunde erhebt der Ingenieur- und Architektenverein gegen das Projekt Opposition, indem er die Einführung der Sihltalbahn in die Station Enge bemängelt. Der Stadtrat warnt eindringlich vor einer Verwerfung, da eine erneute Prüfung der Frage der Einführung der Sihltalbahn die Umbaute auf viele Jahre hinaus verschieben würde.

15. Nov. In der Gemeindeabstimmung der Stadt Zürich wird die Vorlage betr. **Umbau der „Linksufrigen"** mit 21,303 Ja gegen 1487 Nein angenommen.

22. Nov. An dem Ustertag der demokratischen Partei spricht Regierungsrat Dr. O. Wettstein über die Stellung und Aufgabe der Schweiz in den gegenwärtigen Kriegswirren. — Die Kirchgemeindeversammlung Außersihl beschließt auf Antrag der Kirchenpflege die Erstellung eines Kirchgemeindehauses im Sihlfeld und beauftragt die Pflege, die erste Etappe auszuführen.

23. Nov. f. **Kantonsrat.** a) Am 23. November Bewilligung eines Kredites von 30,000 Fr. für die Korrektion der Eulach bei Elgg und eines solchen von 32,000 Fr. für die Korrektion des Kimlibaches bei Schwerzenbach. b) Für die Ausführung von Tiefbauarbeiten als Notstandsarbeiten wird ein Kredit von 500,000 Fr. bewilligt. c) Es werden gewählt: zum Mitglied des Bankrates Bezirksrichter Fr. Flachsmann in

Hittnau, zum Handelsrichter Julius Quidort in Winterthur. d) Beratung des Rechenschaftsberichtes des Regierungsrates pro 1913 am 23., 24. Nov. — Am 23. Nov. teilt Stadtpräsident Billeter, Präsident der Staatssteuergesetz-Kommission, mit, daß die Vorlage für das neue Steuergesetz fertiggestellt ist und demnächst dem Kantonsrat zugehen wird. Am 24. November befürwortet Regierungsrat Ernst die Einführung der Erbschaftssteuer unter den Deszendenten der Ehegatten.

23. Nov. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt die neue Taxordnung für die Straßenbahn. — Die Motion von Prof. Dr. Gasser (Soz.) wird angenommen, welche darauf abzielt, durch Erleichterung der Installation und vermehrte Propaganda dem elektrischen Licht mehr Eingang zu verschaffen.

24. Nov. Das Verwaltungskomitee der „Neuen Zürcher Zeitung" wählt an Stelle des verstorbenen Fritz Marti den Literarhistoriker Dr. Eduard Korrodi aus Zürich zum Feuilletonredaktor des Blattes.

25. Nov. **Kirchensynode.** a) Beratung und Genehmigung des Jahresberichtes des Kirchenrates für 1913. Der Kirchenrat wird eingeladen, neu zugezogenen Protestanten vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken, ebenso auch der Institution der landeskirchlichen Stellenvermittlung für Minderjährige. Entsprechend einem frühern Postulat beschließt die Synode, dem Kantonsrat ein Initiativbegehren einzureichen betr. Verleihung des Stimmrechtes in kirchlichen Angelegenheiten sowie des Rechtes auf Wählbarkeit in die Kirchenpflegen, in die Bezirkskirchenpflegen und in die kantonale Synode an die schweizerischen weiblichen Mitglieder der Landeskirche. Die Frauen sollen der Kirchensteuer unterstellt werden. Die Frage der Wählbarkeit der Frauen zum Pfarramt wird offen gelassen. Der Kirchenrat erhält Auftrag, auf Grund der gefaßten Beschlüsse das Initiativbegehren auszuarbeiten und der nächsten Synode vorzulegen. b) Der Bericht der Kirchenbuchkommission und der Kommission für die Bibelübersetzung wird genehmigt.

25. Nov. Das Budget der Stadt Zürich für 1915 sieht im ordentlichen Verkehr bei 24,406,560 Fr. Einnahmen und 26,068,260 Fr. Ausgaben einen Rückschlag von 1,661,700 Fr. vor.

28. Nov. **Großer Stadtrat.** a) Der Rat beschließt nach einem Referat von Obergerichtspräsident O. Lang einstimmig eine Kundgebung an die Bundesbehörden zugunsten einer baldigen Lösung der Fremdenfrage, wobei er sich mit dem Grundgedanken der Anträge der Neunerkommission einverstanden erklärt. b) Gewährung eines außerordentlichen Beitrages von 170,000 Franken an die Freiwillige und Einwohnerarmenpflege zur Deckung der durch die Kriegsnot- und die Mietnotunterstützung im Monat Oktober und in den ersten Tagen des November verursachten Ausgaben. c) Bewilligung eines Beitrages von 40,000 Fr. an den Bau eines Isolierhauses des Kinderspitals. d) Gewährung eines Betriebsbeitrages von 4000 Fr. an die Schweiz. Anstalt für krüppelhafte Kinder im Balgrist. e) Beratung der Gemeindegutsrechnung für 1913. Die Rechnung des außerordentlichen Verkehrs zeigt einen Rückschlag von 4,394,177.55 Fr. statt des im Voranschlag vorgesehenen von 4,191,771 Fr. — Die bürgerliche Verwaltung genehmigt die Rechnungen über die bürgerlichen Güter. Das Nettovermögen aller bürgerlichen Separatfonds und Stiftungen stellt sich auf 16,626,043 Fr.

28. Nov. Bei den Proportionalwahlen in den Lebensmittelverein werden für die bürgerliche Liste 59,180, für die sozialdemokratische 56,232 Stimmen abgegeben. Die Bürgerlichen erhalten im Aufsichtsrat 9, die Sozialdemokraten 8 Vertreter.

29. Nov. Einweihung der renovierten Kirche in Wiesendangen.

29. Nov. Wintertagung der Kantonalen Gemeinnützigen Gesellschaft in Pfäffikon. Referat von Dr. med. Häberlin (Zürich) über seine Beobachtungen in deutschen Lazaretten.

30. Nov. und 1. Dez. **Kantonsrat.** a) Der Antrag des Verwaltungsrates der kantonalen Elektrizitätswerke auf Erhöhung des Grundkapitals der letzteren von 15 auf 25 Millionen wird einstimmig beschlossen. b) Weiterberatung des Rechenschaftsberichtes 1913, der am 1. Dezember genehmigt wird. c) Am 1. Dezember Durchberatung und Annahme der Staatsrechnung von 1913, welche bei 32,921,397 Fr. Einnahmen und 31,665,964 Fr. Ausgaben mit einem Einnahmenüberschuß von 1,255,433 Fr. schließt. Es stellt sich demnach der Abschluß um 3,062,643.51 Fr. günstiger als der Voranschlag.

1. Dez. In der ersten Generalversammlung der Ortsgruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft spricht Schriftsteller Konrad Falke über nationale Probleme.

2. Dez. In der Aula der Universität Zürich findet eine akademische Gedächtnisfeier zu Ehren von Professor Dr. Arnold Lang statt, an welcher Rektor M. Cloetta, Erziehungsdirektor Mousson, die Professoren Pfeiffer, Früh und Hescheler die Verdienste des Toten schildern.

4. Dez. Die Gesellschaft für Herausgabe der „Zürcher Freitagszeitung" kündigt an, daß das Blatt mit dem 31. Dezember d. J. aufhören werde zu erscheinen. Damit geht die älteste schweizerische Zeitung ein.

9. Dez. Die im September eingeleitete Hilfsaktion der Beamten, Lehrer und Geistlichen des Kantons Zürich ergab bis Dezember rund 163,000 Fr.

12. Dez. Der Regierungsrat erläßt eine „Verordnung betr. Schlichtung von Streitigkeiten über Lohnkürzungen und Dienstentlassungen".

14. Dez. Das vom Stadtrat umgearbeitete Budget der Stadt Zürich sieht bei 22,470,580 Fr. Einnahmen und 26,639,820 Fr. Ausgaben ein Defizit von 4,169,240 Fr. vor.

19. Dez. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 93,000 Fr. für die Korrektion der Albisriederstraße. b) Der Rat heißt den Bericht des Stadtrates in Sachen der Enteignung eines Teiles des Dolderparkes gut (ein Teil des Dolderparkes wird durch Expropriation der Überbauung durch die Dolderbahngesellschaft entzogen) und ersucht den Stadtrat, auch künftig für Erhaltung und Vermehrung des Waldbestandes im Stadtgebiet tätig zu sein. Der Rat stimmt zu. Im Zusammenhang damit werden 18 durch Waldgebiete führende Baulinien in ideelle Baulinien verwandelt. c) Durchberatung und Annahme der neuen Verordnung über die Benützung der unentgeltlichen Geburtshilfe.

20. Dez. An der demokratischen Dezemberfeier in Andelfingen referiert Prof. Dr. Vetter über den Stand der gesetzgeberischen Aufgaben des Kantons Zürich und Nationalrat Dr. Hans Sträuli über die Maßnahmen des Bundes zur Deckung der Kriegsausgaben. Hierauf wird Regierungsrat Dr. Wettstein als demokratischer Parteipräsident bestätigt.

21. Dez. **Kantonsrat.** a) Der Regierungsrat wird einstimmig ermächtigt, zur Unterstützung an die durch das Auftreten der Maul- und Klauenseuche geschädigten Gemeinden, Viehversicherungskreise und Landwirte dem kantonalen gemeinnützigen Hilfsfonds 220,000 Fr. und zur Unterstützung der Arbeits-

losenkassen der Gewerkschaften 15,000 Fr. zu entnehmen. b) Durchberatung und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes des Obergerichtes von 1913. c) Der Rat beschließt, von einer organisatorischen Änderung beim Bezirksgericht Zürich zurzeit abzusehen. d) Durchberatung und Annahme der Verordnung betr. Entschädigung und Taxen der Medizinalbeamten. e) Die Beratung des Gesetzes betr. Ladenschluß an Werktagen wird verschoben.

31. Dez. Durch einen Beschluß des Regierungsrates wird der Generalstreikprozeß sistiert. Die Staatsanwaltschaft wird eingeladen, die Bezirksanwaltschaft Zürich mit dem Rückzuge der beim Bezirksgerichte Zürich eingereichten Anklagen gegen Rimathé, Platten und Konsorten betr. Dienstpflichtverletzung usw. (sog. Generalstreiksanklagen) zu beauftragen und demgemäß das Strafverfahren zu sistieren.

1915.

1. Jan. Mit dem 1. Januar 1915 zeichnen neu als verantwortliche Redaktoren der „N. Z. Z." Dr. Paul Gygax für Handel, Fräulein Dr. Ella Wild für Handel und Willy Bierbaum für Lokales und Sport. Außerdem ist mit Jahresbeginn Dr. E. Korrodi in die feuilletonistische Abteilung des Blattes eingetreten.

7. Jan. In einer von der Neuen Helvetischen Gesellschaft veranstalteten Versammlung spricht Direktor Wagner vom städtischen Elektrizitätswerk über die Verwendung der Wasserkräfte der Schweiz.

8. Jan. Kollaudation der erweiterten Trambahn in Winterthur.

9. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Der Bau einer Pumpstation am Zürichhorn wird beschlossen und ein Kredit von 37,700 Fr. bewilligt. b) Genehmigung der Abrechnung über die Kanalisation der Kilchbergstraße. c) Genehmigung der Nachtragskredite II. Serie im Betrage von 474,100 Fr. d) Die Beratung des Geschäftsberichtes des Stadtrates und der Zentralschulpflege von 1913 wird begonnen. — Die Bürgerliche Abteilung genehmigt die Nachtragskredite für 1914 im Betrage von 139,400 Fr.

11. Jan. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt einen Kredit von 77,500 Fr. für die Entwässerung und Urbarisierung des Riedes Oberwinterthur-Wiesendangen. — Die Nachtragskreditbegehren von 15,000 Fr. zur Subventionierung der Gemeinden Veltheim und Töß für das Jahr 1914

werden unter der Voraussetzung bewilligt, daß im Laufe des Jahres 1915 eine befriedigende Ordnung des Verhältnisses von Winterthur und Ausgemeinden stattfinden werde. — Die Gebührenordnung für die erweiterte Trambahn wird in einigen Punkten abgeändert. — Das Budget der Stadt Winterthur pro 1915 schließt mit einem Defizit von 182,394 Fr.

12. Jan. Der Stadtrat von Zürich kauft vom eidgenössischen Kriegskommissariat 20 Wagenladungen neapolitanischer Teigwaren.

Januar. Im Jahre 1914 hat die Bevölkerung der Stadt Zürich um 4642 Seelen abgenommen und betrug am Ende Dezember 196,303 (200,946).

15. Jan. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die Bestimmungen des Paragraphen 42 der Kantonsverfassung, wonach kein Mitglied des Regierungsrates länger als während zwei aufeinanderfolgenden Amtsdauern dieselbe Direktion bekleiden dürfe, dahin abzuändern, daß kein Mitglied des Regierungsrates verpflichtet sei, länger als zwei aufeinanderfolgende Amtsdauern der gleichen Direktion vorzustehen.

16. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Die Beratung des stadträtlichen Geschäftsberichtes wird beim Abschnitt Bauwesen I fortgesetzt. b) Der Stadtrat schlägt vor, die Notkrankenstube provisorisch in dem zu diesem Zwecke umzubauenden „Obstgarten" unterzubringen und sucht um einen Baukredit von 74,000 Fr. nach. Nach reger Diskussion wird die Vorlage des Stadtrates zurückgewiesen und der Stadtrat aufgefordert, eine besser als der „Obstgarten" geeignete Liegenschaft für die Unterbringung der Notkrankenstube vorzuschlagen.

22. Jan. Ein Schreiben der zürcherischen Finanzdirektion ersucht die Beamten und Angestellten der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden um möglichste Sparsamkeit.

22. Jan. Der Regierungsrat verbietet für die Fastnacht die öffentlichen Maskenbälle und das öffentliche Maskengehen.

24. Jan. Die Gemeindeversammlung von Winterthur genehmigt den Geschäftsbericht, die Subventionsvorlage betreffend die Außengemeinden und den Kredit für die Entwässerungsanlagen bei Oberwinterthur-Wiesendangen.

25. Jan. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt die Anträge des Stadtrates über die neue Grundbuchvermessung. Die Neuvermessung kostet 300,000 Fr. und soll in Regie ausgeführt werden. — Die Bürgerliche Abteilung bewilligt

von zehn Bürgerrechtsgesuchen neun. In der Diskussion herrschte die Auffassung vor, daß notorische Drückeberger als Neubürger nicht zu begrüßen seien.

27. Jan. Der Voranschlag des Kantons Zürich pro 1915 schließt nach dem von der Staatsrechnungsprüfungskommission an der Vorlage des Regierungsrates vorgenommenen Abänderungen mit einem mutmaßlichen Staatsrechnungsdefizit von 2,993,906 Franken oder 379,740 Fr. mehr als nach dem vom Regierungsrat aufgestellten Budget.

27. Jan. Einweihung der erweiterten Trambahn in Winterthur.

29. Jan. In Zürich konstituiert sich ein für die Kantone Zürich und Glarus bestimmtes Hilfskomitee für die Unterstützung notleidender Schweizer im Auslande.

30. Jan. **Großer Stadtrat.** a) Die Beratung des stadträtlichen Geschäftsberichtes wird beim Bauwesen I fortgesetzt. b) Der Aufsichtskommission der Freiwilligen und Einwohnerarmenpflege wird zur Deckung ihrer Ausgaben für Kriegsnot- und Mietnotunterstützung in den Monaten November und Dezember 1914 ein außerordentlicher Beitrag von 190,000 Fr. gewährt. — Die Bürgerliche Abteilung genehmigt eine Anzahl Bürgerrechtsgesuche. Nach Antrag der Kommission wird beschlossen, in Zukunft in bezug auf die Bürgerrechtsgesuche genau zu verfahren wie bisher, d. h. die einzelnen Gesuche genau zu prüfen, bevor sie dem Großen Stadtrat unterbreitet werden.

1. Febr. f. **Kantonsrat.** a) Das Übereinkommen über die Regelung der Schiffahrt auf dem Zürichsee und das Verfassungsgesetz über den Departementswechsel im Regierungsrat wurde zur Vorberatung an Kommissionen gewiesen. b) Bewilligung der ersten Serie der Nachtragskredite pro 1914 im Betrage von 503,813 Fr. c) Beratung des Budgets für 1915. Fortsetzung am 2. Februar. Die Staatsbeiträge an die höheren Schulen in Winterthur und an die höhere Töchterschule in Zürich werden in der bisherigen Höhe von 40,000 Fr. und 28,000 Fr. wieder in das Budget eingestellt unter Ablehnung der vom Regierungsrat und von den Kommissionen beantragten Reduktionen. Als Staatsbeiträge an die Gemeinden Veltheim und Töß werden 10,000 Fr. und 5000 Fr. für 1915 aufgenommen in der Meinung, daß bis 1916 die grundsätzliche Lösung der Winterthurer Vorortsfrage erfolgen werde. Das Budget wird genehmigt und die Staatssteuer für das Jahr 1915 auf 4¾ Promille festgesetzt.

6. Febr. Die städtischen Behörden empfehlen in einer Bekanntmachung für das nächste Frühjahr den Anbau von Kartoffeln in Gärten und Gemüseland jedermann dringend. Das städtische Abfuhrwesen veranstaltet zu diesem Zweck einen Verkauf von Saatkartoffeln.

8. Febr. Die für die Beratung des kantonalen Wahlgesetzes eingesetzte kantonsrätliche Kommission beendigt ihre Arbeiten und schlägt in Übereinstimmung mit dem Regierungsrate mit 9 gegen 5 Stimmen für die Wahl des Kantonsrates das Verhältniswahlsystem vor.

10. Febr. Der Zürcherische Kirchenrat ladet die Pfarrämter ein, am allgemeinen schweizerischen Bettag, 21. Februar, in Predigt und Jugendgottesdienst dem Wunsche nach Frieden Ausdruck zu geben. — Das Zentralkomitee der Zünfte der Stadt Zürich beschließt, in diesem Jahre kein Sechseläuten abzuhalten.

11. Febr. Der Stadtrat beantragt dem Großen Stadtrat die Aufnahme eines 5proz. Anleihens von 15 Millionen Franken und die Genehmigung des vom Stadtrat mit dem Verbande zürcherischer Banken über die Begebung dieses Anleihens abgeschlossenen Verträge.

13. Febr. **Großer Stadtrat.** a) Die Erstellung eines Hauptsammelkanals in der Fluntener- und Kuserstraße wird beschlossen. b) Genehmigung des Voranschlages des außerordentlichen Verkehrs für 1915, welcher auf Ende des Jahres eine Schuldvermehrung von 1,815,145 Fr. vorsieht. c) Die Beratung des Voranschlages des ordentlichen Verkehrs 1915 wird begonnen. Der Entwurf des Stadtrates sieht ein Defizit von 1,661,700 Fr. vor. Fortsetzung am 20. und 27. Februar. Einläßliche Diskussion über die Liegenschaftssteuer. Gegenüber dem modifizierten Antrag der Kommissionsminderheit, 100,000 Fr. ins Budget einzusetzen für Erlaß dieser Steuern für solche Besitzer, die mehr als ein Fünftel des Ertrages eingebüßt haben, siegt mit 63 gegen 49 Stimmen der Antrag des Stadtrates und der Kommissionsmehrheit. Nach diesem Antrag werden 20,000 Fr. bewilligt, ohne dabei dem Stadtrat Direktiven zu geben. Das Budget für 1915 wird einstimmig genehmigt. Über den Antrag Vollenweider, dem Stadtrat zu empfehlen, für eine Verschiebung der Steuer-Haupttaxation für 1915 keine Schritte zu unternehmen, geht der Rat zur Tagesordnung über.

13. Febr. Die Rechnung der Stadt Winterthur 1914 schließt mit einem ungedeckten Defizit von 42,595 Fr.

17. Febr. Zu Ehren des 60. Geburtstages des Dichters und Literarhistorikers Prof. Dr. Adolf Frey findet in der Zürcher Tonhalle eine Festfeier statt, an der Redaktor Dr. H. Trog die Festrede hält.

19. Febr. Zum Konflikt zwischen Professor Sauerbruch und dessen Assistenten an der chirurgischen Klinik des Kantonsspitals Zürich, der viel Staub aufwirbelte, äußert sich der Regierungsrat des Kantons Zürich in einem längeren „Mitgeteilt". Darin werden die meisten bisherigen Berichte über die Vorfälle als aufgebauscht und entstellt bezeichnet. Der bisherige erste Assistent Dr. Freisz hätte sich seinem Vorgesetzten gegenüber in ungehöriger Art und Weise benommen, und die Demonstration der übrigen Assistenten wäre nicht allein wegen der Entlassung ihres Kollegen erfolgt, sondern auch weil sie sich durch die getroffene Neuwahl übergangen fühlten. Es sei bis jetzt gar nichts vorgebracht worden, was das frühere Verhalten von Prof. Sauerbruch belasten würde, und sodann seien die Behörden durchaus selbst imstande zu erkennen, ob und inwieweit sie allfälligen Kompetenzüberschreitungen eines Klinikleiters entgegenzutreten haben.

20. Febr. **Großer Stadtrat.** Die Anträge des Stadtrates betr. Aufnahme einer städtischen Anleihe von 15 Millionen werden nach längerer Diskussion mit 78 gegen 11 Stimmen genehmigt. Der Beschluß wird als dringend erklärt.

21. Febr. Der kantonale liberale Parteitag faßt nach Referaten von Redakteur Wehrlin, Nationalrat Dr. Rob. Schmid und Kantonsrat Hägi einstimmig auf Antrag von Nationalrat Dr. Bissegger folgende Resolution: „Die liberale Partei des Kantons Zürich entbietet herzlichen Gruß und den Ausdruck ihres wärmsten Dankes den schweizerischen Wehrmännern, die an der Grenze stehen und durch ihre musterhafte Haltung die Zuversicht unseres Volkes auf die Kraft und Wirksamkeit unserer militärischen Einrichtungen freudig belebt und gehoben haben. Sie erklärt ihr aus der Tiefe dringendes Einverständnis mit den militärischen und wirtschaftlichen Vorkehrungen, die der Bundesrat während der gegenwärtigen blutigen Krisis getroffen hat und stellt sich mit rückhaltlosem Vertrauen hinter die oberste Landesbehörde. Die Liberalen des Kantons Zürich erklären sich entsprechend den stets festgehal-

tenen Traditionen ihrer Partei bereit, die finanziellen Opfer mitzutragen, welche die Sorge für die Unabhängigkeit unseres Landes allen auferlegt. Nach dem von uns allen ersehnten Ende der Kriegswirren wird es Zeit sein, die Schlüsse zu ziehen, die sich aus ihrem Verlaufe für unsern Staatskörper ergeben. Die liberale Partei wird sich dannzumal freudig und vorurteilslos an der notwendigen Reorganisationsarbeit beteiligen."

22. Febr. **Kantonsrat.** a) Der von Dr. Bissegger im Namen der liberalen Fraktion gestellte Antrag auf Verschiebung der Beratung des Wahlgesetzes mit Rücksicht auf das dringendere Steuergesetz wird nach längerer Diskussion mit 132 gegen 61 Stimmen gutgeheißen. b) Der Jahresbericht des Kirchenrates und der Kirchensynode wird genehmigt. c) Das Übereinkommen zwischen den Kantonen Zürich, St. Gallen und Schwyz über den Schiffsverkehr auf dem Zürichsee wird genehmigt. d) Der Rat beschließt Eintreten auf die Revision der Verfassung (Art. 42, Absatz 2) in dem Sinne, daß kein Mitglied des Regierungsrates verpflichtet ist, länger als zwei aufeinanderfolgende Amtsdauern der gleichen Direktion vorzustehen. Der Rat nimmt hierauf den revidierten Verfassungsartikel einstimmig an.

27. Febr. **Großer Stadtrat.** Der Rat beginnt mit der Beratung des Kaufvertrages mit der Schweizerischen Nationalbank. Es handelt sich um den Verkauf von 1960 Quadratmeter Land in den Stadthausanlagen zur Erstellung eines Gebäudes der Nationalbank. Hartmann stellt den Antrag auf Nichteintreten aus Gründen der Erhaltung des jetzigen Anlagenbestandes. Am 13. März beschließt der Rat mit 75 gegen 22 Stimmen zuzustimmen und vom Erlös und der Bauverbotentschädigung den Betrag von 450,000 Fr. in einen Fonds für Erwerbung von Wald und Schaffung von Anlagen zu legen.

28. Febr. Die außerordentliche Generalversammlung des kantonalen Handwerker- und Gewerbevereins faßt eine Resolution zugunsten der Handwerksmeister und der kleinen Geschäftsleute.

6. März. Einweihung des neuen Krematoriums im Zentralfriedhof. Architekt Fröhlich in Brugg ist der Erbauer des Krematoriums.

7. März. Der Regierungsrat leitet an den Kantonsrat den Entwurf für ein Gesetz betr. die Erbschaftssteuer, welcher als wichtigste Neuerung die Ausdehnung der Steuerpflicht auf Eltern, Nachkommen und Ehegatten bringt.

10. März. Das Defilee eines Teiles der 5. Division vor General Wille beim Bahnhof Enge findet unter Teilnahme einer gewaltigen Volksmenge statt. — In Winterthur findet im Anschluß an die Truppenschau in der Stadtkirche eine Feier zu Ehren der vom Grenzdienst zurückgekehrten Truppen der 13. Brigade statt.

11. März. Der Betrag der Sammlung in den Kantonen Zürich und Glarus zugunsten der notleidenden Schweizer in den kriegführenden Staaten beträgt 86,061 Fr.

12. März. Im Interesse der Förderung der Hagelversicherung beschließt der Regierungsrat, für sämtliche Versicherungen, welche von im Gebiet des Kantons Zürich wohnenden Grundbesitzern einzeln oder kollektiv abgeschlossen werden, aus dem kantonalen Baukredite von 30,000 Fr. den Versicherten für das laufende Jahr zu vergüten. — Die vom Feuerbestattungsverein Zürich arrangierte bescheidene Einweihungsfeier und eigentliche Betriebseröffnung des neuen Krematoriums findet statt. Der Präsident des Vereins, Prof. A. Heim, erhält von der Stadt Zürich in Anerkennung seiner Verdienste um die Feuerbestattung in der Schweiz, eine große Familiennische im neuen Krematorium.

13. März. **Großer Stadtrat.** Die bürgerliche Abteilung des Rates erörtert die grundsätzliche Frage, ob gegenwärtig ausländische Refraktäre und Deserteure ins Bürgerrecht aufgenommen werden sollen oder nicht. Die vier in Betracht kommenden Gesuchsteller werden nach Antrag der Kommission abgewiesen.

14. März. Der sozialdemokratische Parteitag in Winterthur lehnt den Antrag der sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich, im Kantonsrat zukünftig grundsätzliche Opposition zu treiben, mit großer Mehrheit ab.

19. März. Der Regierungsrat ersucht den Kantonsrat um die Ermächtigung, für den Kanton Zürich bis auf 200 Aktien der Schweizerischen Sodafabrik in Zurzach zu erwerben. — Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat einen neuen Entwurf für ein Gesetz über den Verkehr mit Motorfahrzeugen und Fahrrädern. Der Entwurf sieht den Beitritt zum interkantonalen Konkordat vor. Die Radfahrer sollen in Zukunft nur noch 2 statt wie bis anhin 3 Fr. zu bezahlen haben. An dem Reinertrag aus den Gebühren, der ausschließlich für besondere Aufwendungen zum Bau und Unterhalt der Hauptverkehrsstraßen zu verwenden ist, soll auch die Stadt partizipieren. — Der Ertrag der Kriegs-Hilfsaktion der Be-

amten, Lehrer und Geistlichen des Kantons Zürich ist auf 186,000 Fr. angestiegen, woran die Lehrerschaft mit 110,000 Franken beteiligt ist.

20. März. **Großer Stadtrat.** Beratung der Motion von Dr. Oskar Zollinger, der Stadtrat möge beim Städteverband unverzüglich die Initiative zur Gründung einer schweizerischen Städtebank ergreifen. Nach Ausführungen von Stadtpräsident Billeter wird schließlich einstimmig beschlossen, die Motion zur Antragstellung dem Stadtrat zu überweisen. — Die bürgerliche Abteilung nimmt 25 Ausländer in das Bürgerrecht auf.

21. März. Die Generalversammlung des zürcherischen Gemeindepräsidentenverbandes in Andelfingen wählt an Stelle des demissionierenden F. Hafner einstimmig Rechtsanwalt Heß in Engstringen zu ihrem Vorsitzenden. Nach einem Referat von Dr. H. Grob (Zürich) spricht sich die Versammlung einmütig für die Wünschbarkeit der Einführung von Berufsvormundschaften in den zürcherischen Gemeinden aus. — Im Wahlkreis Wetzikon wird an Stelle des verstorbenen Oberstleutnant Altorfer Baumeister A. Hirzel zum Mitglied des Kantonsrates gewählt.

22. März. Der Große Stadtrat von Winterthur beginnt mit der Beratung des Budgets. Die Rechnungsprüfungskommission beantragt Erhöhung der Abfuhrtaxen, des Kochgaspreises, Revision des Lohnregulativs der Straßenbahnen, vollständige Rodung der städtischen Reben, usw. Die Mehrheit der Kommission schlägt eine Extrasteuer, sogenannte Kriegssteuer, von 1 Promille vom Vermögen sowie den entsprechenden Ansätzen für das Einkommen und den Mann, zur Deckung des Rückschlages der Betriebsrechnung eventuell zur Besserung der Reservestellungen, vor. — Ein Antrag, die Subvention an das Arbeitersekretariat zu reduzieren, wird abgelehnt.

25. März. Der Rechnungsabschluß der Stadt Zürich für das Jahr 1914 ergibt im ordentlichen Verkehr bei 25,294,996 Fr. Einnahmen und 25,639,974 Fr. Ausgaben einen Rückschlag von 344,978 Fr. (Voranschlag 1,293,835 plus 925,700 Fr. Nachtragskredite). Im außerordentlichen Verkehr betragen die Ausgaben 6,369,401 Fr., die Einnahmen 1,713,110 Fr., die Mehrausgaben somit 4,656,291 Fr. Die Schuldvermehrung im abgelaufenen Jahr betrug 2,840,043 Fr. (Voranschlag 3,086,800 Franken). Die Neubautenschuld auf Ende 1914 steigt dadurch auf 19,744,583 Fr. (Voranschlag 20,589,030 Fr.).

27. März. **Großer Stadtrat.** a) Die Beratung des Geschäftsberichtes des Stadtrates vom Jahre 1913 wird fortgeführt und vollendet. b) Der Geschäftsbericht der Zentralschulpflege wird durchberaten und genehmigt. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt den Geschäftsbericht des Stadtrates für 1913.

28. März. In der Stadt Zürich bildet sich eine Genossenschaft für Familiengärten. Die Stadt stellt etwa 1000 Hektaren Land an der Peripherie zur Verfügung.

29. März f. **Kantonsrat.** a) Die Nachtragskredite II. Serie für 1914 im Gesamtbetrage von 1,428,438 Fr. werden einstimmig bewilligt. b) Das Postulat der Staatsrechnungskommission betr. baldige Vorlage des Stempelgesetzes und des Erbschaftssteuergesetzes wird einstweilen zurückgezogen. c) Eintretensdebatte zum neuen Steuergesetz. Nach Voten des Kommissionspräsidenten Billeter, Dr. Rüegg, Finanzdirektor Dr. Ernst und anderer Redner wird die Regierungsvorlage zurückgezogen und darauf stillschweigend Eintreten auf die Vorlage der Kommission beschlossen. d) Am 30. März behandelt der Rat die Interpellation Rimathé über die Affäre Sauerbruch, welche folgenden Wortlaut hat: 1. Welche Maßnahmen gedenkt der Regierungsrat zu treffen, um Vorkommnissen, wie sie zu Anfang dieses Jahres mit Bezug auf das Dienstverhältnis zwischen dem Leiter und den Assistenten der chirurgischen Klinik des Zürcher Kantonsspitals zutage getreten sind und schließlich zu einer Kollektivkündigung von vier Assistenten dieser Anstalt führten, vorzubeugen und eine allfällige Wiederholung derselben in unsern kantonalen Anstalten zu verunmöglichen? 2. Welche Vorkehren gedenkt der Regierungsrat zu treffen, um dem durch die Kündigungsverfügung der Gesundheitsdirektion vom 12. Februar 1915 in seinen Rechten schwer geschädigten Assistenten Dr. Freisz die ihm gebührende Genugtuung zu verschaffen? Reg.-Rat Dr. Mousson beantwortet die Interpellation. Es standen in dieser Angelegenheit, wie der Sprecher des Regierungsrates u. a. ausführte, Behauptung gegen Behauptung, auf Grund von Privatgesprächen, die sich heute nicht mehr kontrollieren lassen. Von Prof. Sauerbruch liege die Versicherung vor, daß er niemals den Wunsch und die Absicht gehabt habe, auf die politische Gesinnung seines Assistenten in irgend einer Weise einzuwirken. Von Seite des Dr. Freisz handle es sich um eine Reihe von Taktlosigkeiten, die ein weiteres Zusammenarbeiten zwischen Leiter und As-

sistent verunmöglicht hätten. Es sei zugegeben, daß das Sekretariat der Gesundheitsdirektion in der Redaktion der Verfügung keine glückliche Hand gehabt habe. Sauerbruch habe sich in einem Punkte der Kompetenzüberschreitung schuldig gemacht. Nach allem, was gegangen sei, könne der frühere Zustand der Dinge nicht wieder hergestellt werden. Weder könne der neue Assistent, Dr. Stierlin, entlassen, noch könne Dr. Freisz neuerdings wieder eingestellt werden. Der Vorwurf der Überfremdung, der gegen die Universität erhoben worden sei, sei unbegründet. Auf Antrag von Oberst Dr. Meister wurde mit 98 gegen 66 Stimmen Ablehnung der Diskussion beschlossen. Ein Antrag von Dr. Enderli betr. Einsetzung einer Untersuchungskommission wird auf den Motionsweg gewiesen. e) Der Rat beginnt mit der Detailberatung des Gesetzes über die direkten Steuern.

29. März ff. Der Große Stadtrat von Winterthur setzt die Beratung des Budgets fort. In Wiedererwägung eines Beschlusses der letzten Sitzung wird beschlossen, daß den Gemeinden Zell und Turbental die bisherige Subvention auch pro 1915 verabfolgt werden soll. Ferner wird entgegen einem Antrag der Kommission auf vollständige Rodung der Stadtreben mit erdrückendem Mehr die Erhaltung wenigstens eines Teils derselben beschlossen. — Am 30. März beschließt der Rat mit 22 gegen 17 Stimmen auf Antrag der Kommissionsmehrheit, den Kochgaspreis auf 19 Rp. zu erhöhen. — Am 31. März wird nach dreistündiger Diskussion, die bis nachts 1 Uhr dauerte, mit 20 gegen 16 Stimmen der Antrag auf Erhebung einer Extrasteuer (Kriegssteuer) angenommen. Gegen diesen Antrag stimmte die gesamte liberale Fraktion.

31. März. E. Hauth tritt aus der Redaktion des „Volksrecht" zurück, um in die Redaktion der „Chemnitzer Volksstimme" einzutreten. — Dr. E. Planck tritt nach beinahe 20jähriger Wirksamkeit von der Redaktion des Winterthurer „Landboten" zurück, um in seine Heimat Württemberg zurückzukehren und dort zum Lehramt überzutreten.

1. April. Dr. med. Staub-Oetiker tritt von der Leitung der zürcherischen Heilstätte für Lungenkranke in Wald zurück, um als Chefarzt ins Sanatorium Clavadel bei Davos überzusiedeln.

6. April. Der französische Botschafter in Bern, Exzellenz Beau, besichtigt in Zürich einen Interniertenzug und die Wohlfahrts-

einrichtungen des hiesigen Hilfskomitees zugunsten der Internierten und Evakuierten.

6. April. Die Frühjahrsdelegiertenversammlung des Verbandes nordostschweizerischer Käserei- und Milchgenossenschaften in Zürich setzt den Preis der Konsummilch ab 1. Mai auf 25 Cts. fest.

9. April. An Stelle des verstorbenen Redakteurs Lehmann wird Pfarrer Ganz von Zürich in Hettlingen zum Redakteur des „Freisinnigen" in Wetzikon gewählt.

9. April. Das Referendum gegen den Beschluß des Großen Stadtrates vom 13. März betr. Genehmigung des Kaufvertrages mit der Schweizerischen Nationalbank kommt zustande.

11. April. Die Gemeindeversammlung von Winterthur beschließt mit großer Mehrheit die Extrasteuer von 1 Promille, so daß der Steueransatz für 1915 für die Gemeindesteuer 7 Promille auf das Vermögen und den entsprechenden Ansatz auf das Einkommen beträgt. — Die Wählerversammlung der bürgerlichen Parteien des fünften eidgenössischen Wahlkreises in Bülach zur Aufstellung der Kandidatur für die Ersatzwahl in den Nationalrat schlägt mit 144 Stimmen Herrn Bopp vor. Herr Meyer-Rusca erhält 81 Stimmen.

17. April. Die Gesamteinnahmen der Staatsrechnung für das Jahr 1914 beziffern sich auf 33,951,719 Fr., die Ausgaben auf 35,026,467 Fr., der Ausgabenüberschuß auf 1,074,748 Fr. Die Rechnung schließt um ungefähr 1½ Millionen Franken günstiger ab, als Voranschlag und Nachtragskredite erwarten ließen. — Mit einer einfachen Feier wird das neue Vereinshaus des Kaufmännischen Vereins Zürich „Zur Kaufleuten" seiner Bestimmung übergeben.

18. April. Bei der Nationalrats-Ersatzwahl im 5. eidgenössischen Wahlkreis wird mit 4549 Stimmen Gerichtspräsident Bopp gewählt. Meyer-Rusca, Friedensrichter (Seeb.-Winkel), erhält 1429, Ed. Schäubli, Redakteur (Bassersdorf), 2838 Stimmen. — Als Statthalter an Stelle des verstorbenen Nationalrats Walder wird Bezirksrat Maurer mit 2488 Stimmen gewählt; Gemeindepräsident Dünki erhält 978 Stimmen. — Bei der Kantonsratsersatzwahl im Wahlkreis Thalwil wird mit 1172 Stimmen gewählt Buchdrucker Conzett (Soz.). Vollenweider in Oberrieden erhält 1110 Stimmen. — Im Bezirk Zürich werden der Statthalter, die Bezirksanwälte und die

Bezirksräte bestätigt. — Die Bürgergemeinde Meilen erteilt General Wille, der schon seit vielen Jahren in Feldmeilen wohnt, einstimmig das Ehrenbürgerrecht.

19. April f. **Kantonsrat.** a) Dr. Enderli begründet seine Motion betr. Einsetzung einer Kommission für die Untersuchung der Verhältnisse an der chirurgischen Klinik des Kantonsspitals. Regierungsratspräsident Dr. Keller beantragt namens des Regierungsrates Ablehnung der Motion. Der Regierungsrat habe mehrere vorsorgliche Maßnahmen betreffend die chirurgische Klinik getroffen und insbesondere beschlossen, durch eine dreigliedrige Delegation aus seiner Mitte die Verhältnisse an der chirurgischen Klinik untersuchen zu lassen. Ehe man sich ein Urteil bilde, möge man beide Teile hören. Die vorgebrachten Klagen lägen eigentlich vor dem Kriegsausbruch zurück. Es müsse auffallen, daß sie erst heute vorgebracht werden. Um das Überwiegen des ausländischen Elements in Zukunft zu verhindern, habe der Regierungsrat beschlossen, daß in Zukunft die Mehrzahl der Assistenten das eidgenössische Diplom besitzen müssen. Dr. Enderli erklärt sich mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden und zieht seine Motion zurück. Einstimmig wird der Antrag des Regierungsrates angenommen. b) Zum Mitglied des Handelsgerichtes wird Hermann Wiesner, in Firma Sträuli & Co. in Winterthur, gewählt. c) Am 20. April wird die Detailberatung des Steuergesetzes fortgesetzt beim Abschnitt über Einkommenssteuer. Das steuerpflichtige Einkommen muß mindestens so hoch eingeschätzt werden, daß es nicht weniger beträgt als der Aufwand der Personen, die aus diesem Einkommen leben. Dieser Aufwand gilt für neu in den Kanton einziehende Steuerpflichtige, welche sich nicht des Erwerbes wegen in demselben aufhalten, während der ersten drei Jahre ihres erstmaligen Aufenthaltes im Kanton als ihr steuerpflichtiges Einkommen. Für die Berechnung der Einkommensteuer wurde eine Progression von 1—7 Fr. vom Hundert für Einkommen bis auf 28,000 Fr. festgesetzt. Für Einkommen von 28,000 Fr. und darüber beträgt die Steuer 5 vom Hundert. Das steuerfreie Existenzminimum wurde auf 800 Fr. festgesetzt unter Abzug von 100 Fr. für jedes Kind unter 16 Jahren, gegenüber dem Antrag der Sozialdemokraten auf 1000, bezw. 200 Fr.

22. April. In der Ortsgruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft hält Prof. Dr. M. Großmann einen Vortrag über nationale Forderungen an die schweizerischen Mittelschulen.

24. April. **Großer Stadtrat.** a) Nach einer Mitteilung des Stadtpräsidenten ist die Abstimmung über die Abtretung eines Teils der Stadthausanlage an die Schweizerische Nationalbank auf den 6. Juni in Aussicht genommen. b) Bewilligung eines Nachtragskredites von 70,000 Fr. für die Speisung und Bekleidung armer Schulkinder, wodurch die Aufwendungen für diesen Zweck mit den im Budget für 1915 vorgesehenen Kosten auf 220,000 Fr. ansteigen. c) Bewilligung eines Kredites von 12,000 Fr. für die Anschaffung eines dritten Elektromobils für den städtischen Krankentransport. d) Zum Mitglied des Waisenrates wird H. Beerli-Bryner gewählt. e) Besichtigung des neuen Schulhauses im Letten.

24. April. Die heutige Generalversammlung der sozialdemokratischen Preßunion des Kantons Zürich wählt zum Redakteur des „Volksrecht" an Stelle des zurücktretenden Nationalrates J. Sigg, Redakteur Nobs von der „Volksstimme" in St. Gallen.

25. April. An der Feier, welche der Lesezirkel Hottingen zur Feier des 70. Geburtstages von Carl Spitteler veranstaltet, hält Redakteur Dr. Ed. Korrodi die Festrede.

26. April f. **Kantonsrat.** a) Der Rat verschiebt auf Antrag der Staatsrechnungsprüfungskommission die Schaffung der Stelle eines kantonalen Liegenschaftenverwalters bis zum Eintritt besserer Zeiten. b) Nach Antrag des Regierungsrates wird beschlossen, die Steuerhaupttaxation für 1915 zu verschieben. c) Die Beratung des Steuergesetzes wird fortgesetzt. Zur Beratung gelangt, nachdem der Abschnitt über die Ergänzungssteuer, die Ertragssteuer und die Kapitalsteuer der Aktiengesellschaften und Genossenschaften erledigt ist, der zweite Hauptabschnitt des Gesetzes, handelnd von der Ausmittlung des steuerpflichtigen Einkommens und Vermögens. Am 27. April Fortsetzung der Debatte. Die Einschätzung findet alle zwei Jahre bei Einkommen über 8000 Fr. statt, bei den andern Einkommen alle vier Jahre. Als Steuergrundlage dient bei Einkommen von mehr als 5000 Fr. der Durchschnitt der letzten drei Jahre. Den Mitgliedern der Steuerbehörde wird die Schweigepflicht auferlegt. Verletzungen gegen diese können im Wiederholungsfalle mit Buße bis zu 1000 Fr., eventuell verbunden mit Amtsenthebung, bestraft werden. Bei Steuer-

pflichtigen, die ohne genügende Gründe die Einreichung der Selbsttaxation unterlassen, und der Vorladung vor die Kommission nicht Folge leisten, wird die Taxation um mindestens zwei Zehntel erhöht. Die Gemeinden sind zur Veröffentlichung der Steuerregister befugt. d) Der Regierungsrat teilt mit, daß er für das Amtsjahr 1915/16 wählte zu seinem Präsidenten Dr. Heinrich Ernst, zu seinem Vizepräsidenten Dr. Heinrich Mousson.

29. April. Frühjahrsversammlung des Zürcher Hochschulvereins. Ein Antrag des Vorstandes, jährlich zur Äufnung des Stammgutes einen bestimmten Betrag zurückzulegen, wird bis zum Eintritt normaler Zeiten ad acta gelegt. — An der Stiftungsfeier der Hochschule wird von der staatswissenschaftlichen Fakultät zum Doktor des öffentlichen Rechtes honoris causa promoviert Herr alt Regierungsrat Konrad Bleuler-Hüni in Zürich in Anerkennung seiner Verdienste um die zürcherische Verwaltungsgesetzgebung, insbesondere auf dem Gebiete des Wasserrechtes und der Versorgung des Landes mit elektrischer Energie.

3. Mai. An der Bestattungsfeier für Nationalrat Dr. W. Bissegger, Chefredakteurs der „N. Z. Z.", halten Ansprachen Pfarrer Marty (Meilen), Nat.-Rat Dr. Bühler (Bern), Stadtpräsident Billeter und Redakteur Dr. A. Meyer.

3. Mai. Die „Züricher Post" erscheint von heute an täglich in zwei Ausgaben, in einer Morgen- und Abendausgabe. Neu tritt in die Redaktion Dr. Hugo Kramer ein, bisher Redaktor am „St. Galler Stadtanzeiger". Rudolf Brun, der schon längere Zeit im Blatte tätig war, zeichnet nunmehr auch in der verantwortlichen Redaktion.

6. Mai. Das Komitee Zürich-Glarus für die Sammlung zugunsten der notleidenden Schweizer in den kriegführenden Staaten verdankt auf 1. Mai die Gesamteinnahme von 179,770 Fr. — Der Gesamteingang der städtischen Kriegsnotunterstützung bis 1. Mai beträgt 372,217 Fr.

7. Mai. In der Kaufmännischen Gesellschaft Zürich hält Oberst Richard, Sekretär der Zürcher Handelskammer, einen mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Tätigkeit der Handelskammer während des Krieges. Im Anschlusse an diese Ausführungen stattet die Versammlung Herrn Oberst Richard, der mit unermüdlicher Hingabe, seltener Arbeitstüchtigkeit und hervorragender Gründlichkeit während 25 Jahren

der Zürcher Handelskammer seine Dienste widmete, durch Erheben von den Sitzen den wohlverdienten Dank ab.

9. Mai. Der Ortsgeistliche von Küsnacht, Pfarrer Albert Wettstein, feiert sein 25jähriges Amtsjubiläum.

10. Mai. **Kantonsrat.** a) Wahl des Bureau: zum Präsidenten wird Nationalrat Dr. Odinga (Horgen), zum ersten Vizepräsident Nat.-Rat Greulich, zum zweiten Vizepräsident Redakteur Dr. Rüegg (Winterthur) gewählt. b) Die Wahlen der Sekretäre und der Stimmenzähler sowie der Kommissionen für die Prüfung des Rechenschaftsberichtes des Regierungsrates und des Obergerichtes erfolgen nach den Verständigungsvorschlägen aller Parteien. c) Zweite Lesung der Vorlage betr. Abänderung von Art. 42, Abs. 2 der Staatsverfassung. Die Vorlage wird mit 137 gegen 22 Stimmen angenommen. d) Beratung der Vorlage betr. Beteiligung des Kantons Zürich an der schweizerischen Sodafabrik.

10. Mai. Der Große Stadtrat von Winterthur bestellt sein Bureau neu aus den folgenden Herren: zum Präsident wird Dr. R. Corti (lib.), zum ersten Vizepräsidenten Prof. Ostertag (dem.), zum zweiten Vizepräsidenten Prof. Dr. Schenkel (soz.) gewählt. — Drei Bürgerrechtsgesuche von sog. „Drückebergern" werden zurückgestellt.

15. Mai. **Großer Stadtrat.** a) Wahl des Bureau: zum Präsident wird der bisherige Vizepräsident Dr. jur. H. Kunz, zum ersten Vizepräsident Bezirksrichter E. Rieder, zum zweiten Vizepräsident Bezirksrichter Dr. O. Lutz gewählt. b) Zum Präsident der Geschäftsprüfungskommission wird Ingenieur Keller mit 61 Stimmen gewählt; 42 Stimmen fallen auf Ulrico Vollenweider. c) Genehmigung verschiedener Bau- und Niveaulinien. d) Bewilligung eines Nachtragskredites von 4400 Fr. für Schaffung einer vierten Parallele an der ersten Fortbildungsklasse der Höheren Töchterschule.

17. Mai f. **Kantonsrat.** a) Der Rat genehmigt das Übereinkommen zwischen den Kantonen Zürich, Schwyz und St. Gallen betr. die Fischerei im Zürichsee, Linthkanal und Walensee. b) Der Rat beschließt nach langer Diskussion die Beteiligung des Kantons Zürich an der Beschaffung des Aktienkapitals für die schweizerische Sodafabrik durch Übernahme von 200 Aktien zu 1000 Fr. c) Weiterberatung des Steuergesetzes. Der Rat beschließt eine Nachsteuer für das in den letzten fünf Jahren zu wenig bezahlte Steuerbetreffnis. Außer der Nach-

steuer haben der Steuerpflichtige oder seine Erben eine Strafsteuer für die im letzten Jahre hinterzogene Steuer zu entrichten im doppelten bis 18fachen Betrage des hinterzogenen Steuerbetrages. — Am 18. Mai erledigt der Rat den ersten Teil über die Staatssteuern und tritt in die Behandlung des zweiten Teiles über die Gemeindesteuern ein.

17. Mai. In bezug auf die Rodung und Überbauung eines Teils des Dolderparkes heißt der Regierungsrat auf Grund eines Augenscheines und unter Berücksichtigung eines Gutachtens der kantonalen Heimatschutzkommission den vom Stadtrat Zürich gegen den Entscheid des Bezirksrates erhobenen Rekurs gut und stellt damit den Beschluß des Stadtrates Zürich vom 23. Oktober 1912, die Expropriation einzuleiten, wieder her.

25. Mai. **Kantonsrat.** Die Beratung des neuen Steuergesetzes wird fortgesetzt. Die Gemeinden werden berechtigt erklärt, außer den ordentlichen Gemeindesteuern eine Liegenschaften-, eine Grundstückgewinnsteuer und eine Handänderungssteuer zu erheben.

25. Mai. Oberst Huber tritt nach 43jähriger Tätigkeit als Präsident der Ütlibergbahn, deren Gründer er war, zurück. — In Winterthur tritt Stadtrat Conrad Deutsch, der Leiter der städtischen Werke, zurück.

27. Mai. In einer Versammlung der Ortsgruppe Zürich der Neuen Helvetischen Gesellschaft spricht Boos-Jegher, Generalsekretär des schweizerischen Nachweisbureaus für Bezug und Absatz von Waren, über: „Unsere Absatzverhältnisse für Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft und Mittel zu ihrer direkten Förderung".

29. Mai. Das Verwaltungskomitee der „N. Z. Z." betraut Dr. A. Meyer mit der Chefredaktion des Blattes.

30. Mai. Die von den bürgerlichen Parteien des Kantons Zürich einberufene **Volksversammlung in Winterthur** nimmt nach Referaten von Bundesrat Forrer und Stadtpräsident Billeter eine Resolution an, welche dem Bundesrate Dank und Anerkennung ausspricht für seine kraftvolle und geschickte Wahrung unserer Unabhängigkeit und sich mit Begeisterung für die Annahme der Kriegssteuervorlage erklärt. — An einer Teuerungsdemonstration in Winterthur sprechen Sekretäradjunkt Lorenz (Zürich) und Rechtsanwalt Huber (Rorschach). — Die Delegiertenversammlung des Zürcher Krankenkassenverbandes in Thalwil beschließt eine teilweise Statutenrevision zum Zwecke der Eintragung ins Handelsregister.

31. Mai. Der Große Stadtrat von Winterthur bewilligt 42,900 Franken für den Umbau des Straßenbahngeleises nach Töß. — Beratung der städtischen Rechnungen für 1914. Es wird mitgeteilt, daß der Stadtrat als Maßnahme gegen die Teuerung ausgegeben hat für den Ankauf von Kartoffeln und Kabis 24,600 Fr., Teigwaren 9700 Fr., Schweine 18,000 Fr., Dörrobst 5340 Fr. und Reis 5000 Fr., total 62,500 Fr.

3. Juni. Der Regierungsrat setzt den Übergang der Verwaltung der Kantonsbibliothek Zürich mit allen Rechten und Pflichten an die Zentralbibliothek unter Vorbehalt eines zustimmenden Entscheides des Stadtrates Zürich auf 1. Januar 1916 fest.

6. Juni. In der **kantonalen Volksabstimmung** wird die Verschiebung der Steuer-Hauptaxation mit 60,965 Ja gegen 7617 Nein angenommen. — In der städtischen Abstimmung wird der Verkauf eines Teiles der Stadthausanlagen an die Nationalbank mit 12,961 gegen 11,353 Stimmen gutgeheißen. — Im Bezirk Bülach wird zum Gerichtspräsident Bänninger gewählt. Die Bezirksrichterwahl kommt nicht zustande.

7. Juni. Der Große Stadtrat von Winterthur setzt die Beratung der Rechnungen fort. Die Friedhofrechnung für den Rosenberg schließt bei einer Kostensumme von 373,880 Fr. um 119 Fr. besser ab als der Voranschlag.

Juni. Als Nachfolger von Dr. L. Kempter wird Robert F. Denzler zum Kapellmeister des Stadttheaters gewählt in dem Sinne, daß er sich mit dem ihm gleichgeordneten Herrn Conrad in die Aufgaben teilen wird.

14. Juni. Der Verein der schweizerischen Anstalt für Epileptische in Zürich wählt zum Direktor und Geistlichen der Anstalt Pfarrer Rudolf Grob.

17. Juni. An dem von der Neuen Helvetischen Gesellschaft veranstalteten Vortragsabend spricht Prof. Dr. Großmann über die eidgenössische Finanzreform.

18. Juni. Die liberale Vertrauensmännerversammlung des ersten eidgenössischen Wahlkreises beschließt, der öffentlichen liberalen Wählerversammlung Dr. Albert Meyer, Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung", als Kandidaten für den erledigten Nationalratssitz vorzuschlagen.

22. Juni. Die Wählerversammlung der demokratischen Partei des ersten eidgenössischen Wahlkreises beschließt in der Ersatzwahl

für den verstorbenen Nationalrat Dr. Bissegger der freisinnigen Kandidatur Dr. A. Meyer zuzustimmen. — Der demokratische Kreisverein 7 beschließt, an Stelle des verstorbenen Bankpräsidenten Graf als Mitglied des Kantonsrates Prof. J. Spühler vorzuschlagen.

25. Juni. Der Regierungsrat erläßt ein Reglement über die Behandlung der Funde von Naturkörpern und Altertümern im Kanton Zürich. — In der statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Zürich hält Dr. W. Wettstein, kantonaler Finanzsekretär, einen Vortrag über: Die Steuerreform im Kanton Zürich.

26. Juni. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 43,000 Fr. für den Umbau der ehemaligen Polizeikaserne an der Flößergasse in eine Lehrwerkstätte für Schreiner. b) Bewilligung eines Kredites von 25,500 Fr. für den Umbau des Hauses Hufgasse 7 für die Aufnahme des Polizeipostens an der Falkenstraße. c) Der Antrag des Stadtrates auf Schaffung der Stelle eines sechsten Amtsvormundes und der Antrag auf Einführung von komplexen Elektrizitätszählern bei Stromverbrauchsobjekten, die einen verhältnismäßig großen wattlosen Stromkonsum aufweisen, wird angenommen. d) Ein Kredit von 174,000 Fr. wird bewilligt für Landankäufe an der obern Waid- und Gubelstraße. e) Die Schaffung der Stelle eines sechsten Amtsvormundes wird beschlossen. — Die bürgerliche Abteilung nimmt 25 ausländische Gesuchsteller ins Bürgerrecht auf.

27. Juni. Bei der Ersatzwahl im ersten eidgenössischen Wahlkreis wird zum Mitglied des Nationalrates bei einem absoluten Mehr von 3744 Stimmen kampflos gewählt Chefredakteur Dr. A. Meyer mit 7348 Stimmen. — Als Mitglied des Kantonsrates im Kreise 7 wird bei einem absoluten Mehr von 755 gewählt Prof. Joh. Spühler mit 1436 Stimmen. — Die Gemeinde Rüti feiert den Einsatz ihres neugewählten zweiten Pfarrers, Dr. Schaufelberger.

28. Juni. **Kantonsrat.** a) Dem Entlassungsgesuch von Prof. Dr. A. Kleiner als Mitglied des Erziehungsrates wird unter Verdankung der geleisteten Dienste entsprochen. b) Die Beratung des Steuergesetzes wird fortgesetzt. Der Rat beschließt, die Gemeinden, welche trotz der Erhebung von außerordentlichen Steuern nicht in der Lage sind, ihren Steuerbedarf mit Zuschlägen von höchstens 250 Prozent zu decken, zu ermächtigen,

den Fehlbetrag vom Staate zu erlangen. Die erste Lesung des Gesetzes, das am 1. Januar 1917 in Kraft treten soll, ist beendigt. — Im Anschluß daran wird das Verfassungsgesetz in erster Lesung durchberaten, das den Art. 19 der Staatsverfassung nach Maßgabe des neuen Steuergesetzes abändert.

1. Juli. In Winterthur konstituiert sich eine Sektion der Neuen Helvetischen Gesellschaft.

4. Juli. Auf der Tagung von Mitgliedern der Neuen Helvetischen Gesellschaft der Sektionen Zürich, Schaffhausen und Winterthur in Eglisau referiert Ernst Müller (Schaffhausen) über bessere Absatzmöglichkeiten der Inlandproduktion, und Dr. C. A. Schmid, Zürich, über die Auswanderungsfrage.

5. Juli. Der Große Stadtrat von Winterthur bewilligt einen Kredit von 27,300 Fr. für die Umwandlung der Gasbeleuchtung in einigen Straßen des Lind- und Breitequartiers in elektrische Beleuchtung. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt 21 Bürgerrechtsgesuche.

6. Juli. Eine aus allen Gemeinden des Tößtals besuchte Versammlung von Handwerkern und Gewerbetreibenden beschließt die Gründung eines Kreditschutzvereins des Tößtales für die Handwerker und Gewerbetreibenden.

6. Juli. Die kantonale Kommission für Verkehrsfragen nimmt nach einem Referate von W. Miller, Sekretär der Neuen Gotthardvereinigung, über den Einfluß des Krieges auf die zürcherische Verkehrspolitik, eine Resolution an, welche folgende Richtlinien feststellt: 1. Der Förderung von über Zürich gehenden internationalen Verbindungen ist die gleiche Sorgfalt angedeihen zu lassen wie der Förderung des Nah- und Vorortsverkehrs. 2. Dabei erscheint es als wesentlich, daß diese beiden Arten des Verkehrs vom Standpunkte der Fahrleistungen aus künftig räumlich getrennt werden: a) Beim Nah- und Vorortsverkehr ist auf die Häufigkeit der Fahrleistungen mit kleiner Zugskombination hinzuwirken; b) beim internationalen Verkehr im Gebiete der Schweiz ist anzustreben, daß diese Fahrleistungen verselbständigt, die Zugsgeschwindigkeiten vermehrt, die Umschlagzeiten abgekürzt und die Zwischenhalte vermindert werden, während in Beziehung zum Ausland alle Schritte zu unterstützen sind, die darauf hinzielen, einerseits den zürcherischen Gotthardverkehr vom Basler Gotthardverkehr abzutrennen und zu verstärken (Randenbahn) und anderseits

den Verkehr Paris-Wien möglichst über Zürich zu leiten. 3. Im Gebiete des Ausbaues der Schweizerischen Bundesbahnen werden als wichtigste Postulate der Ausbau des Hauptbahnhofes Zürich, die zweiten Geleise Thalwil-Sargans, Thalwil-Goldau, Zürich-Eglisau-Schaffhausen, Zürich-St. Margrethen, sowie der Umbau auf elektrischen Betrieb der internationalen Transitlinien, zunächst der Gotthardlinie bis Zürich erklärt. 4. Alle diese Zielpunkte sollen verfolgt werden unter verständiger Rücksichtnahme auf die Finanzen der Schweizerischen Bundesbahnen.

8. Juli. In der Sommerversammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich referiert Redakteur Dr. Gygax über „Die Lehren des Krieges für unsere Volkswirtschaft". Korreferent Stadtrat Pflüger. — Die Versammlung genehmigt die Jahresrechnung, welche bei 24,101 Fr. Einnahmen und 5969 Fr. Ausgaben einen Überschuß von 18,131 Fr. aufweist.

12. Juli. Die in Winterthur verstorbene Witwe des ehemaligen Mitgliedes des Großen Stadtrates und Architekten Hoffmann vermachte Vergabungen im Gesamtbetrage von 11,500 Fr. — Der Erziehungsdirektion gelingt es, den Staatsrechtslehrer Prof. F. Fleiner in Heidelberg auf 1. Oktober 1915 an die Universität Zürich zu berufen.

15. Juli. Der Bezirksrat weist den Rekurs gegen den Volksentscheid betr. den Verkauf eines Teiles der Stadthausanlagen an die Schweizerische Nationalbank zum Zwecke der Errichtung eines neuen Bankgebäudes ab. — Der Polizeivorstand der Stadt Zürich setzt Höchstpreise für die Kirschen fest. Infolgedessen kommt es am 16. Juli auf dem Markte zu Zwischenfällen.

18. Juli. Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat einen 20 Druckseiten umfassenden Bericht über die Zustände an der chirurgischen Klinik des Kantonsspitals Zürich, der folgendermaßen schließt: „Der Regierungsrat glaubt, in dem vorstehenden Bericht die behaupteten Mißstände an der chirurgischen Klinik in objektiver Weise beleuchtet zu haben. Er freut sich feststellen zu können, daß die erhobenen Vorwürfe in ihren wichtigsten Teilen unbegründet sind, und daß insbesondere die Tätigkeit des angefochtenen Prof. Sauerbruch keinen Anlaß zu dem Vorbehalte bietet, daß er als Angehöriger eines fremden Staates seine Stellung in der neutralen Schweiz verkannt habe. Soweit aber Fehler vorgekommen sind, wird der Re-

gierungsrat bemüht sein dafür zu sorgen, daß sie sich nicht wiederholen."

19. Juli. Der Lesezirkel Hottingen veranstaltet in Trichtenhausen eine Meinrad Lienert-Feier.

21. Juli. Der Regierungsrat ermächtigt die Bibliothekkommission der Zentralbibliothek, den Ausbau des Flügels an der Chorgasse auf Rechnung des erteilten Baukredites ausführen zu lassen.

22. Juli. Der Stadtrat ersucht den Regierungsrat, die Befugnis zur Preisbegrenzung für den Verkauf von Lebens- und Bedarfsmitteln im Sinne der bundesrätlichen Verordnung vom 10. August 1915, abgesehen vom Marktverkehr, den Gemeindebehörden zu übertragen. — Der Stadtrat von Winterthur trifft verschiedene Vorkehrungen gegen die Preistreibereien.

23. Juli. Der Regierungsrat hat den von der Direktion des Innern vorgelegten Entwurf für ein „Gesetz betr. die Organisation und Verwaltung der Stadt Winterthur und der Gemeinden Oberwinterthur, Seen, Töß, Veltheim und Wülflingen" in zweiter Lesung zu Ende beraten. Der Entwurf sucht die Lösung der Winterthurer Vorortsfrage auf dem Boden eines billigen Finanzausgleiches. Die Stadt Winterthur übernimmt die Verwaltung, den Betrieb und Ausbau der Waldungen, Wasserversorgung und Elektrizitätswerke der fünf Außengemeinden für die Dauer von 20 Jahren; sie versorgt während dieser Zeit die fünf Außengemeinden mit dem von ihnen benötigten Gas. Die Außengemeinden haben außer der Verzinsung des Anlagekapitals zunächst Anspruch auf den Durchschnittsreingewinn ihrer Gemeindebetriebe und Waldungen in den letzten Jahren; sodann garantiert ihnen die Stadt Winterthur ein Mehrerträgnis von 100,000 Fr. pro Jahr, welches nur den Ausgemeinden zukommen soll; allfällige Verluste in den einzelnen Gemeinden werden von der Stadt getragen. Sollte das Mehrerträgnis 100,000 Fr. übersteigen, so wird dasselbe unter sämtliche sechs Gemeinden verteilt. Da der Entwurf die Verstaatlichung der höhern Lehranstalten der Stadt Winterthur (Gymnasium und Industrieschule) unter der Bezeichnung „Kantonsschule Winterthur" vorsieht und die Stadt Winterthur dadurch jährlich etwa 125,000 Fr. erspart, soll die Stadt ferner den fünf Ausgemeinden 100,000 Fr. zukommen lassen.

25. Juli. Kantonaler Turntag in Zürich.

27. Juli. Der Stadtrat von Winterthur kommt einem Wunsche der städtischen Angestellten und Arbeiter in dem Sinne entgegen, daß zur Einrichtung einer Witwen- und Waisenkasse vom 1. Juli 1915 an 3 % vom Monatslohn in Abzug gebracht und von der Stadtkasse verwaltet werden.

29. Juli. Der Regierungsrat erläßt eine „Vollziehungsverordnung zum Gesetz vom 24. September 1911 betr. die Förderung der Landwirtschaft". — In Winterthur beschließt eine größere öffentliche Konsumentenversammlung in bezug auf den Milchaufschlag, es sei an die Regierung eine motivierte Eingabe zu richten, mit der kategorischen Frage, ob sie sich zugunsten der Konsumenten ins Mittel legen wolle oder nicht.

31. Juli. Die staatswissenschaftliche Fakultät der Hochschule Zürich veranstaltet eine kleine Feier zu Ehren der 25jährigen Tätigkeit Prof. Dr. C. Zürchers als Strafrechtslehrer.

1. Aug. Die Gemeinde Turbenthal verbindet ihre Bundesfeier mit der Einweihung ihres neuen prächtigen Schulhauses.

2. Aug. Zwischen Vertretern der Kantonsregierungen von Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich findet im Rathaus in Zürich eine Konferenz statt zur Besprechung der Erhöhung des Milchpreises durch die Delegiertenversammlung des Verbandes der nordostschweizerischen Käserei- und Milchgenossenschaften. Die Konferenz beschließt, die Regierungen der genannten vier Kantone zu gemeinsamem Vorgehen in dieser Angelegenheit zu veranlassen.

4. Aug. Nach der soeben erschienenen Gemeindefinanzstatistik für das Jahr 1913 stiegen die Betriebsausgaben der Gemeinden des Kantons Zürich im Betriebsjahre auf 54,172,406 Fr. (1912: 51,091,417 Fr.) oder auf 101,3 Fr. pro Kopf der Bevölkerung (1912: 97,2 Fr.). Die Betriebseinnahmen bezifferten sich auf 51,080,392 Fr. (1912: 48,208,118 Fr.).

5. Aug. Der Regierungsrat unterbreitet dem Kantonsrat den Entwurf für ein Gesetz über Jagd und Vogelschutz. Der Entwurf ist auf der Grundlage des Gemeindepachtsystems aufgebaut.

6. Aug. In Zürich findet auf Einladung des Schweiz. Volkswirtschaftsdepartements eine Konferenz statt zu dem Zwecke, mit dem Verband nordostschweizerischer Käserei- und Milchgenossen-

schaften in der Frage der Milchpreiserhöhung zu einer Verständigung zu gelangen. — Eine vollständige Einigung wird nicht erzielt.

6. Aug. Eine Konferenz von Vertretern der nordostschweizerischen Kantone sowie der schweizerischen Schiffahrtsverbände, des Schweiz. Wasserwirtschaftsverbandes und der Nordostschweizerischen Kraftwerke A.-G. in Zürich spricht sich grundsätzlich für die Erweiterung der Schiffsschleuse des Kraftwerkes Eglisau im Interesse der künftigen Großschiffahrt auf dem Rhein aus.

15. Aug. Die außerordentliche Delegiertenversammlung der nordostschweizerischen Käserei- und Milchgenossenschaften beschließt auf seiner Tagung in Zürich, die Beschlüsse vom 20. Juli 1915 über die Erhöhung der Milchpreise sind in Wiedererwägung zu ziehen. Der Verband beschließt, den Verkaufspreis von durchschnittlich 19 Rp. für das Kilogramm in die Sammelstelle geliefert, was einem Mindestpreis von Fr. 20.20 für 100 Kilogramm unregulierter Milch franko Bahnhöfe Zürich, Winterthur und Schaffhausen entspricht, bis zum 30. April 1916 nicht zu erhöhen, sofern keine wesentlich veränderten Markt- und Produktionsverhältnisse eintreten. Der Verband ist damit einverstanden, daß nur in den Städten Zürich, Winterthur, Schaffhausen und Chur und deren Umgebung der Detailpreis auf 26 Rp. zu stehen kommt. — Eine von den 18 größten Arbeiterunionen der Nordostschweiz beschickte Konferenz in Zürich zur Besprechung der Stellungnahme zur Milchpreiserhöhung richtet an die beteiligten Regierungen von Zürich, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Graubünden eine Eingabe, in welcher diese ersucht werden, gemeinsam Maßregeln zu ergreifen, damit der Milchpreis nicht über 25 Rp. erhöht werden könne.

16. Aug. **Kantonsrat.** a) Der Bericht des Regierungsrates über die Zustände an der chirurgischen Klinik, das Gesetz über die Organisation und Verwaltung der Stadt Winterthur und der Gemeinden Oberwinterthur, Seen, Töß, Veltheim und Wülflingen, sowie das neue Jagdgesetz werden zur Vorberatung an Kommissionen gewiesen. b) Bewilligung eines Ergänzungskredites von 37,000 Fr. für das Absonderungshaus des Kantonsspitals von Winterthur. c) Der Rat bewilligt nach zweistündiger Diskussion mit 163 gegen 6 Stimmen den vom Regierungsrat verlangten Kredit von 224,000 Fr. für den

Bau eines Laboratoriums am Technikum Winterthur. d) Wahlen: als Mitglied des Bankrates wird nach demokratischem Vorschlag Bezirksrat Müller in Zollikon, als Mitglied der Bankkommission Redakteur Dr. H. Rüegg, Winterthur, als Mitglied des Erziehungsrates Prof. Vetter mit 87 gegen 45 Stimmen, die auf Pfarrer Reichen entfielen, gewählt. Als Mitglied des Verwaltungsrates der kantonalen Elektrizitätswerke wird Kantonsrat Ganz aus Embrach gewählt. e) Der Rat bewilligt mit 83 gegen 51 Stimmen einen Kredit von 160,000 Fr. für den Bau einer dritten Turnhalle bei der Kantonsschule in Zürich.

17. Aug. **Schweres Eisenbahnunglück bei Dietikon.** Der Schnellzug 122, Zürich-Biel-Genf, welcher um 5 Uhr 55 in Zürich abging, fährt in der Station Dietikon auf den im Durchfahrtsgeleise der Station Dietikon stehenden Lokalzug 2837, der um 6 Uhr 05 in Dietikon abgehen und um 6 Uhr 25 in Zürich eintreffen sollte, auf. Die Lokomotive des Lokalzuges wird total zertrümmert, ebenso mehrere Wagen. Sechs Personen kommen um, viele werden schwer verletzt.

19. Aug. Der Regierungsrat setzt den Höchstpreis für die Milch bis zum 30. September 1915 auf 25 Rp. fest. Vom 1. Oktober an bis auf weiteres beträgt dieser Höchstpreis für die Städte Winterthur und Zürich 26 Rp. der Liter, während er für das übrige Kantonsgebiet auch weiterhin 25 Rp. beträgt. — Die Baudirektion legt dem Regierungsrat die Abschlußziffern über die Baurechnung der Universität vor. Nach Vornahme reichlicher Rückstellungen für den Ausbau des Dachgeschosses im Kollegiengebäude und des Turmes sowie für Reparaturen verbleibt eine Ersparnis gegenüber den bewilligten Krediten von 250,000 Fr.

22. Aug. Die Arbeiterunion Zürich bespricht die Milchpreisfrage und beschließt, der kantonalen Regierung sei die entschiedenste Mißbilligung auszusprechen, weil sie die Interessen der Konsumenten nicht gewahrt, sondern einen Höchstpreis festgesetzt hat, der der sozialen Lage der Konsumenten in keiner Weise entspricht. Die Stadtratsfraktion wird beauftragt, ungesäumt die Kommunalisierung der Milchvermittlung in der Stadt Zürich zu beantragen.

23. Aug. Die kantonale Schulsynode in Küsnacht hört Referate von Sekundarlehrer Otto Pfister (Winterthur) und Sek.-

Lehrer E. Hardmeier (Uster) über die Stellung des Lehrers im öffentlichen Leben und zur Politik. — Prof. Dr. P. Suter (Küsnacht) hält noch einen Vortrag über „Meinrad Lienert als schweizerischer Volksdichter".

26. Aug. Der Bankrat der Zürcher Kantonalbank wählt zum Präsidenten des Bankrates und der Bankkommission Redakteur Dr. H. Rüegg.

28. Aug. **Großer Stadtrat.** Eine Reihe von Geschäften wird an Kommissionen gewiesen. — Die bürgerliche Abteilung genehmigt 22 Bürgerrechtsgesuche.

28. Aug. Der „Landbote" zeigt den Rücktritt des zum Bankpräsidenten gewählten Dr. Heinrich Rüegg aus der Redaktion an. An seine Stelle tritt Rechtsanwalt A. Stamm, der bereits während mehreren Jahren Redakteur des Blattes war.

29. Aug. Erste konstituierende Delegiertenversammlung des Verbandes freier Krankenkassen für Freizügigkeit des Kantons Zürich.

6. Sept. f. **Kantonsrat.** a) Der Antrag des Regierungsrates über die Verwendung des Reingewinnes der Kantonalbank für 1914 und die Gesetzesvorlage betr. die Ergänzung von § 137 des Einführungsgesetzes zum Schweiz. Zivilgesetzbuch werden an Kommissionen gewiesen. b) Durchberatung und Genehmigung des Geschäftsberichtes und der Rechnung der kantonalen Elektrizitätswerke. c) Zum Handelsrichter wird Ingenieur A. Guggenbühl (Zürich) gewählt. d) Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion betr. die Milchpreistreiberei („Was gedenkt der Regierungsrat zu tun, um der Milchpreistreiberei Einhalt zu gebieten? Ist der Regierungsrat willens, einen Maximalpreis von 25 Rp. per Liter festzusetzen?). Gschwend begründet die Motion, die von Regierungsrat Nägeli beantwortet wird. Der Rat beschließt mit 105 gegen 40 Stimmen die Diskussion der Interpellation, die in der Vormittags- und Nachmittagssitzung vom 7. September durchgeführt und beendigt wird. Zwingli, Dr. Hoffmann, Bopp und andere vertreten den landwirtschaftlichen Standpunkt; Kaufmann, Lang, Wirz u. a. sprechen für die sozialdemokratische Fraktion. Die Diskussion schließt ohne besondere Schlußnahme. e) Am 7. September beschließt der Rat gemäß Antrag des Regierungsrates die Erhebung der gesetzlichen Beiträge an den kantonalen Rebfonds pro 1915.

11. Sept. **Großer Stadtrat.** a) Bewilligung eines Kredites von 36,000 Fr. für die Korrektion des Wildbaches. b) Der Rat genehmigt die Vorlage über die Reorganisation der Schulzahnklinik, die von einem patentierten Zahnarzt im Nebenamt geleitet wird, dem ein im Hauptamt arbeitender Assistent beizugeben ist. c) Die bürgerliche Abteilung bewilligt Kredite im Betrage von 183,000 Fr. für den Ankauf und den Ausbau des Kurhauses Lilienberg in Affoltern a. A. als städtisches Altersasyl.

12. Sept. Eine Versammlung der sämtlichen Behörden von Oberwinterthur beschließt Nichteintreten auf die regierungsrätliche Vorlage zu einem Gesetz betr. die Organisation und Verwaltung der Stadt Winterthur und ihrer Vororte zu empfehlen.

13. Sept. Der Große Stadtrat von Winterthur genehmigt einen Kredit von 11,200 Fr. für Innenrenovation des Kasino. — Beratung des Geschäftsberichtes.

16. Sept. Der Regierungsrat wählt als Mitglied der Bibliothekkommission der Zentralbibliothek Zürich an Stelle des zurückgetretenen Prof. Dr. W. Oechsli: Prof. Dr. Ferd. Rudio in Zürich 7; als Mitglied der Hochschulkommission an Stelle des zurückgetretenen Prof. Dr. Kleiner: Prof. Dr. Theodor Vetter, Erziehungsrat, in Zürich.

17. Sept. Der Regierungsrat weist den vom Initiativkomitee zur Erhaltung der Stadthausanlagen in Zürich eingereichten Rekurs gegen den Entscheid des Bezirksrates Zürich betr. die städtische Volksabstimmung vom 6. Juni 1915 über teilweise Abtretung der Stadthausanlagen zu einem Bauplatz für die Schweizerische Nationalbank ab.

18. Sept. Der Große Stadtrat von Winterthur beendigt die Beratung des Geschäftsberichtes und bewilligt einen Kredit von 85,000 Fr. für die Einführung der Gasversorgung in Seen.